

★ Wahlkampf	Seite 3
★ Frauenstreik	Seiten 6/7
★ Bosnien	Seite 8
★ Generalstreik in Spanien	Seite 9

Arbeit auf alle verteilen – bei vollem Lohnausgleich!

Die Unternehmer sagen, sie müßten die Lohnkosten senken, um Arbeitsplätze zu sichern. "Solidarität mit den Arbeitslosen" sei nötig. Doch Arbeitgeber-Funktionär Murmann meint, daß es dieses Jahr nicht nur 4, sondern 4,5 Millionen Arbeitslose geben wird. Wer entläßt die Leute? Die Gewerkschaften?

Die gleichen Konzerne, die uns wegen ihrer "Sorge um die Arbeitsplätze" in den Ohren liegen, planen weiteren Arbeitsplatzabbau in diesem Jahr.

6 Millionen arbeitslos

In Wirklichkeit sind schon 6 Millionen Menschen arbeitslos. Ganze Jahrgänge von Auszubildenden werden nicht übernommen. In vielen Betrieben wie bei der Telekom, bei Siemens oder bei DASA werden Ausbildungsstätten geschlossen.

Daß die Löhne zu hoch wären und man international nicht mehr konkurrenzfähig sei, erzählen die Unternehmer "ihren" ArbeiterInnen in jedem Land. In Spanien – im Vergleich mit Deutschland ein Billiglohnland – liegt die Arbeitslosigkeit jetzt bei 24 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit bei fast 40 Prozent.

Im Interesse der Arbeitenden und Arbeitslosen gibt es nur einen Weg: Massive Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle. Der IG Metall-Vorsitzende Zwickel hat erklärt, daß allein das Vorziehen der für 1995 vereinbarten Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden auf dieses Jahr 80 000 Arbeitsplätze sichern würde. Das reicht jedoch nicht aus. Wir brauchen eine weitere radikale Verkürzung auf 30 Stunden.

Und wir brauchen den vollen Lohnausgleich. Die Lohnverzichts-Propaganda soll lediglich den Spaltkeil zwischen die arbeitenden KollegInnen und die Arbeitslosen treiben. Gleichzeitig hat die den Konzernen treu ergebene Kohl-Regierung den Arbeitslosen 8 Prozent des Einkommens gestohlen.

Tarifrunde

Der Beschäftigungssicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze kommen wir nicht näher, wenn die Unternehmer ihre Lohnkürzungen in den Tarifrunden dieses Jahres durchsetzen. Wir brauchen die geforderten 4-6 Prozent, um wenigstens die Preissteigerung auszugleichen.

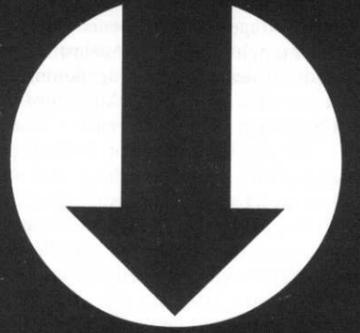
Bei vergangenen Arbeitszeitverkürzungen haben die Unternehmer den Druck auf die Beschäftigten erhöht, um die gleiche Leistung wie vorher ohne Neueinstellungen zu erreichen. Daher müssen die Gewerkschaften für den vollen Personalausgleich kämpfen.

Das soll zu teuer sein? Für wen? Für uns ist die Arbeitslosigkeit zu teuer! Wenn alle Arbeitslosen arbeiten könnten, könnten neue Wohnungen gebaut, Kinderbetreuung, Schulen und Altenpflegeheime mehr Personal bekommen.

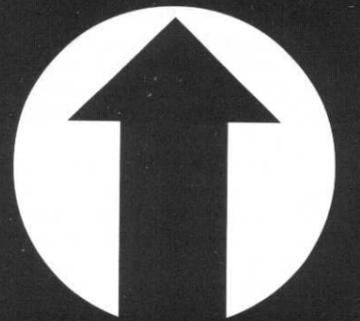
Wenn es sich dieses System in der reichen Bundesrepublik nicht leisten kann, menschliche Arbeitskraft zum Wohle aller einzusetzen, können wir uns das System nicht mehr leisten.

Claus Ludwig, Köln, IG Medien-Mitglied

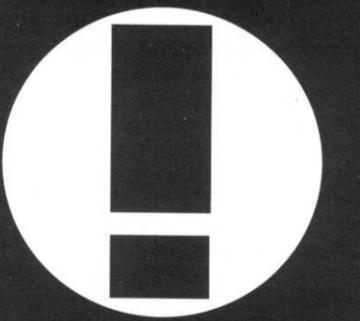
Profite runter



Löhne rauf



Bosse raus



Post-Azubis: Den Kampf ausdehnen!

Neben Dortmund, Hagen und Bochum (VORAN berichtete) haben auch die Kasseler, Gießener und Fuldaer Auszubildenden der Telekom ihre Berufsbildungsstellen (BBi) besetzt, um ihre Übernahme zu erkämpfen.

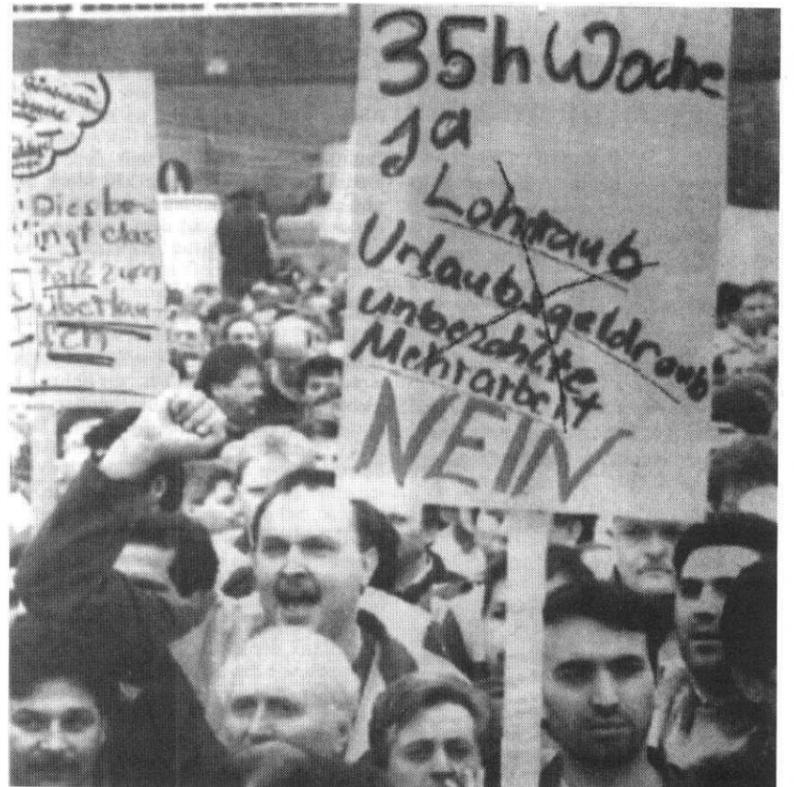
2985 ausgebildete Kommunikations-ElektronikerInnen werden nicht übernommen und stehen auf der Straße. Auch sollen massiv Ausbildungsplätze abgebaut und Berufsbildungsstellen geschlossen werden.

Eine CDU-Bundestagsabgeordnete in Kassel bot den ausgebildeten Azubis auf einer "Informations"-Veranstaltung neue Ausbildungsplätze beim Bundesgrenzschutz oder als Entwicklungshelfer an – wozu sie allerdings vorher studieren müßten.



Stoppt die Profit-Haie!

Fortsetzung auf Seite 2



unser standpunkt

Der nächste Aufschwung kommt bestimmt ...

„Die konjunkturelle Talsohle ist durchschritten“ – so die frohe Botschaft vieler Wirtschaftsinstitute. Doch noch ist die Rezession nicht vorbei. Und vor allem wird der kommende Aufschwung die vier Millionen Arbeitslosen in der Talsohle zurücklassen.

Eine Umfrage des Münchener Ifo-Instituts hat ergeben, daß zum Jahresende 1993 der durchschnittliche Auslastungsgrad der Produktion sowie die Auftragsbestände in der Industrie zugenommen haben. Dresdner Bank und Deutsche Bank erwarten einen Produktionsanstieg von 0,5 bzw 1 Prozent für 1994 im verarbeitenden Gewerbe – nach einem geschätzten Rückgang von 8 Prozent 1993. Für den Maschinenbau befürchtet der Verein der Deutschen Werkzeugmaschinenfabrikanten allerdings, daß nach dem Absturz der Produktion um 29 Prozent im letzten Jahr der Rückgang 1994 weitergeht.

Die bescheidenen Wachstumserwartungen stützen sich hauptsächlich auf einen erwarteten Anstieg durch die Weltwirtschaft und besonders durch die USA. In den USA gibt es eine Erholung der Wirtschaft, die sich wahrscheinlich fortsetzen wird. Aber die erreichten Wachstumsraten liegen weit unter denen der 50er und 60er Jahre und tragen kaum zum Abbau der Arbeitslosigkeit geschweige denn des Massenelends bei.

Und die Drohung eines Handelskrieges zwischen USA und Japan zeigt, wie schnell die krisenhafte Weltwirtschaft noch weiter aus dem Gleichgewicht gebracht werden kann. Insgesamt sind die von den Wirtschaftsinstituten erwarteten Wachstumsraten mager: für Frankreich zwischen 0,8 und 1,4 Prozent, für Großbritannien ca. 3 Prozent, für Schweden 2,4 Prozent. Das reicht bei weitem nicht aus, um die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Nach Prognose der OECD („Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“, ein Zusammenschluß hauptsächlich der entwickelten Industrieländer) kann die Arbeitslosigkeit trotz Konjunkturbelebungen im OECD-Raum 1994 auf 35 Millionen ansteigen.

Die Dresdner Bank betont angesichts dieser Lage, daß der Export nicht im gleichen Ausmaß wie früher die Rolle als Konjunkturstütze übernehmen könne. Wir sollten dem Zweckoptimismus der „Experten“ der Unternehmer mißtrauen. Sie haben bis zuletzt versucht, die Marktwirtschaft schönzureden. Erst als die Rezession schon vor der Tür stand wurde zugegeben, daß nun wohl eine „konjunkturelle Delle“ zu befürchten sei.

Der 4-Millionen-Sockel

In der Rezession 1981/82 stieg die Arbeitslosigkeit in Deutschland von einer auf über zwei Millionen. Dieser Sockel wurde auch in zehn Jahren Aufschwung nur für kurze Zeit unterschritten. Die jetzige Krise ließ die Arbeitslosigkeit auf 2,7 Millionen im Westen plus die im Osten offiziell 1,3 Millionen Arbeitslosen ansteigen. Ohne feste Beschäftigung sind jedoch nicht vier, sondern mindestens sechs Millionen.

Der Kapitalismus befindet sich seit Mitte der 70er Jahre weltweit in einer Dauerkrise mit steigender Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut. Zehn Millionen Menschen leben heute in Deutschland unter der Armutsgrenze. Der vergleichsweise schwache Aufschwung der 80er Jahre wurde von den Unternehmern, ihren Politikern und ihrer Presse dazu genutzt, Illusionen in dieses System zu schüren und davon abzulenken, daß Arbeitslosigkeit und Armut nicht abgenommen haben.

Bei allen Vorbehalten ist es doch wahrscheinlich, daß die Rezession 1994 von einer beginnenden wirtschaftlichen Erholung abgelöst wird. Dieser „Aufschwung“ wird diesen Namen allerdings kaum verdienen. Er wird sich schwach und zäh dahinschleppen, da die Wirtschaft die Lasten des auf Pump ausgedehnten Aufschwungs der 80er Jahre zu tragen haben wird. Die Rekordverschuldung der öffentlichen Haushalte sowie der Unternehmen und Arbeitnehmer wirkt wie eine gewaltige Bremse auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Die Staatsverschuldung wird 1995 bei 65 Prozent des Bruttosozialprodukts liegen – verglichen mit noch 32 Prozent 1980.

Rekordprofite trotz Wirtschaftskrise

An der massiven Verschuldung verdienen sich die Banken eine goldene Nase. Die Zinserträge der Banken lagen mit 445 Milliarden DM bereits 1992 über dem Bundeshaushalt. Von 1988 bis 1992 haben sie ihre jährlichen Einnahmen um 202 Milliarden steigern können. Und selbst mitten in der Rezession legen sie noch zu: im ersten Halbjahr 1993 sind ihre Gewinne zwischen 12,6 Prozent (Deutsche Bank) und 24,8 Prozent (Hypobank) gestiegen.

Diese Zahlen zeigen deutlich: Der Fehler liegt im ganzen verrotteten System. Der Besitz von großen Geldmengen wird doppelt und dreifach belohnt – vor allem wenn er nicht genutzt wird, um Arbeit und Wohnungen zu schaffen.

Der nächste Aufschwung kommt bestimmt: für die Unternehmer, die ihre Belegschaften und Lohnkosten dank Rezession geschrumpfen konnten. Normalsterbliche Arbeitnehmer, Arbeitslose und Sozialhilfempfänger bleiben mit Sicherheit auf der Strecke.



500 Azubis der Telekom protestierten im Januar in München

... Kampf ausdehnen

Telekom-Azubis fordern Übernahme – Fortsetzung von Seite 1

Um ihren Kampf bekannt zu machen, nahmen die Kasseler Azubis Kontakt zu anderen Jugendvertretungen und Gewerkschaftsgliederungen der Post auf. Inzwischen sind über 30 Solidaritätserklärungen eingetroffen. Azubis verteilten Flugblätter an die Beschäftigten der Postdienststellen, malten Transparente, luden die Presse ein, organisierten eine Diskussionsveranstaltung mit Politikern und dem Telekom-Amtsvorsteher.

An einer Kundgebung vor einer Postdienststelle beteiligten sich 300. Die Azubis suchten von Beginn den Kontakt zu den älteren KollegInnen bei der Telekom, um eine Spaltung zwischen alt und jung zu verhindern. Denn allzu oft spielen die Arbeitgeber mit dem Argument „wenn wir euch übernehmen, müssen ältere Kollegen gehen“ die Jugend gegen den Rest aus.

Erste Erfolge

Der Kampf hat sich jetzt schon gelohnt. Den Auszubildenden aus Dortmund, Hagen und Bochum machte der Telekom-

Personalchef einige Zusagen. Nachdem rund 160 Azubis die Karnevalsfeier des Vorstandes lautstark störten, bequeme sich Personalchef zu verkünden, man würde nach unbefristeten „Unterbringungsmöglichkeiten“ zu suchen. Es gibt keinen Grund, diesem Herren zu trauen. Doch dies ist ein erster Erfolg, der zeigt, daß es sich lohnt zu kämpfen. Deshalb muß der Druck weiter aufgebaut und die Besetzungen ausgeweitet werden.

Mitte Februar blockierten die Azubis der besetzten Berufsbildungsinstitute die Eingänge der Telekom-Direktion in Bonn. Es war gut, daß Azubis aus ver-

schiedenen Städten zusammenkamen. Das förderte den Erfahrungsaustausch, zeigte die eigene Stärke. Als sich nach zweistündiger Blockade der Personalchef zeigte, wurde er minutenlang ausgepöfeln. In diesem und den nächsten Jahren werde kein Ausgelernter bei der Telekom übernommen, sagte er. Man habe aber einen Vorschlag erarbeitet, der allen Jugendlichen eine Beschäftigung außerhalb der Telekom ermöglicht. Präsentieren wollte er diesen Vorschlag nicht. Es bleibt abzuwarten, wie der Vorschlag aussieht. Es ist jedoch nicht wahrscheinlich, daß er für die Azubis annehmbar ist.

Die Azubis fordern:

- ★ Übernahme aller Azubis
- ★ Erhalt der Berufsbildungsstellen
- ★ Ausweitung der Ausbildung zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit
- ★ Abbau von Überstunden
- ★ Arbeitszeitverkürzung für alle statt Arbeitslosigkeit für viele

STOP Privatisierung!

Konzerne profitieren, Kollegen bezahlen

Auf einer Veranstaltung gab es Diskussionen über die bevorstehende Privatisierung der Post und über die Kahlschlag-Politik der Bundesregierung. Während CDU-Politiker sich nicht trauten zu kommen, mußten sich die anwesenden SPD-Vertreter von den Azubis einige Vorwürfe gefallen lassen. Der SPD-Abgeordnete meinte, die SPD trage keine Verantwortung für 11 Jahre Kohl. Er versuchte sich rauszureden: Die erste Reform konnte man nicht verhindern und weil sie so schlecht gewesen sei, wäre die zweite notwendig gewesen.

Dies stieß auf Unverständnis, denn die Post-Deform 2 ist ein Hauptgrund für die Nicht-Übernahme der Azubis. 30 000 Jobs werden durch sie vernichtet.

Die Anwesenden verlangten von der SPD daher, der für die Privatisierung notwendigen Grundgesetz-Änderung nicht zuzustimmen und sich für die Übernahme der Post-Azubis einzusetzen.

Rosinen für SIEMENS

Mit der Privatisierung ermöglicht die Bundesregierung privaten Konzernen eine Konkurrenz zum Postmonopol aufzubauen, zum Beispiel durch die Abschaffung des Monopols auf Telefongeräte und die Zulassung privater Telefonnetzkunden oder privater Paketdienste. Angebot und Kunden-Service bleiben ebenso auf der Strecke wie die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, wenn sie nicht ohnehin schon arbeitslos sind. Die Effektivität von Staatsbetrieben

könnte auch erhöht werden, wenn sie unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten stehen würde. Die Telekom-Funktionäre bevormunden eh nur und tanzen nach der Pfeife der Bundesregierung und der Konzerne. Daher: Begrenzung des Lohnes von Amtsvorstehern und Vorständen auf ein durchschnittliches Facharbeiterniveau!

Eine effektivere Post müßte nicht zu Arbeitsplatzabbau führen, sondern kann durch entsprechende Arbeitszeitverkürzung im Interesse der Beschäftigten genutzt werden.

Solange Siemens, Alcatel, IBM usw. ihre Profite machen können, werden sie versuchen, die Rosinen des Telekom-Marktes rauszupicken und die Staatsbetriebe immer weiter zu demontieren. Deshalb wäre eine Überführung dieser Konzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten und der Gewerkschaften notwendig.

Regierung und Kapital planen für die nächsten Jahre weitere Angriffe auf Arbeitsplätze und unseren Lebensstandard. Die Kämpfe dagegen müssen politische zusammengeführt, die Gewerkschaften wieder zu Kampfinstrumenten der ArbeiterInnen gemacht werden.

Dafür steht VORAN. Wir wollen eine starke sozialistische Kraft in der Arbeiterbewegung aufbauen, die Kämpfe wie die der Post-Azubis kompromißlos unterstützt.

Alle Artikel über die Post-Azubis von Frank Klobes, Jungsozialist und VORAN-Gruppe Kassel

Wie weiter?

Es sollte eine Konferenz aller besetzten BBis organisiert werden. Dort könnte das weitere Vorgehen im Kampf für die Übernahme besprochen werden.

Von dieser Konferenz müßte ein Appell an andere BBis und Azubis anderer Branchen ausgehen, sich dem Kampf anzuschließen. Eine große Bewegung der Post-Jugend hätte einen motivierenden Effekt auf alle von Nicht-Übernahme und Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen in allen Branchen.

Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) und der DGB müssen den Jugendlichen uneingeschränkte Unterstützung geben und dafür sorgen, daß der Kampf mit denen der anderen KollegInnen, die ebenfalls von Arbeitslosigkeit bedroht sind, verbunden wird.

Doch dafür müssen die Vorstände Druck von unten bekommen und zwar nicht nur in Form von Resolutionen. Nur eine Ausweitung der Aktionen kann die Vorstände beeindrucken. Bisher haben DGB und DPG den Kampf weitgehend ignoriert. Ein Jugendvertreter drückte es so aus: „Wir kämpfen nicht nur gegen die Telekom-Generaldirektion, sondern auch gegen die Blockade und Untätigkeit des Hauptvorstandes der DPG.“

VORAN Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitung für Arbeiter-/Innen und Jugendliche. Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Blitz-Druck Mandzel GmbH, Essen
Redaktionsanschrift: Voran, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 0221/134504 oder 134604, Telefax 0221/137280
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43
Konto-Nr. 2500 59-430

tarifrunde 94 + tarifrunde 94 + tarifrunde 94 + ta

Die volle Kampfkraft nutzen!

Sofortige Urabstimmung in allen Bezirken / Kampf mit ÖTV koordinieren

Der Tarifkonflikt in der Metallindustrie ist auch für die Mitglieder der ÖTV, IG Medien, IG Bau Steine Erden und der HBV wichtig. Er wird aber auch für alle Arbeitnehmer, Rentner und Sozialhilfempfänger von Bedeutung sein, denn eine Niederlage für die Unternehmer wäre in diesem Wahljahr auch eine Niederlage für ihre Parteien des Kapitals, die CDU und FDP.

Die Kampfbereitschaft der Metaller ist groß, das zeigte die Beteiligung an den Warnstreiks. Die Gewerkschaftsführung sagte, sie wäre selbst von der Beteiligung überrascht. Die Bewegung hat ihre eigene Dynamik. Je feuriger die Reden, umso besser sind sie angekommen. Die Warnstreiks spielten eine gute Rolle als Mobilisierung der Mitglieder und als Vorbereitung auf den Ernstfall. Wie im Osten im letzten Jahr ist die Angst vor Arbeitslosigkeit in Wut gegen die Arroganz der Bosse umgeschlagen.

Streiks auf Sparflamme?

Doch der Vorstand bekam kalte Füße, die Hauptkampfmaßnahmen wurden verschoben. Spätestens bei den Aktionstagen am 23. und 24. Februar war die Zeit reif für Urabstimmung und Flächenstreik. Doch der Vorstand zögert

streikt, wo der Streik die geringste Auswirkung hat!

Wie soll das die Unternehmer in die Knie zwingen? Die anderen Mitglieder von GESAMTMETALL werden den bestreikten Betrieben helfen durchzuhalten. Erst eine Woche später sollen die Kollegen an der Küste mitkämpfen und die anderen erst einmal gar nicht.

Das ist eine Strategie, um den Wind aus den eigenen Segeln zu nehmen. Die Arbeitgeber haben schon mit massiven Aussperrungen gedroht. So werden sie die Initiative in der Hand haben. Um die Initiative wieder zu erlangen, muß der IGM-Vorstand sofort Urabstimmungen in allen Bezirken ansetzen. Eine Mehrheit ist sicher. Dann kann die Gewerkschaft entscheiden, wo die Produktion zum Stillstand kommt und nicht die Bosse. Ein kurzer Vollstreik der Metaller wäre effektiver als eine unnötig in die Länge gezogene Nadelstichtaktik. Oder hat die Führung Angst vor der eigenen Macht?

Die ersten Warnstreiks im öffentlichen Dienst sind schon gewesen. Auch in der Druckindustrie und im Bauhauptgewerbe laufen die Tarifrunden. Warum nicht die geballte Macht der Metaller, der Busfahrer, Bauarbeiter und Drucker einsetzen? Das Potential für einen branchenübergreifenden Kampf ist vorhanden. Schon im Streik im öffentlichen Dienst 1992 wurden Chancen verpaßt, gemeinsam zu kämpfen. Der IG Medien-Vorsitzende Hensche wies nach dem Streik darauf hin, daß koordinierte Aktionen von ÖTV und IGM bessere Ergebnisse erzielt hätten.

Aussperrungen

Wie soll die Gewerkschaft auf Aussperrungen reagieren? Erstens müssen die Aussperrer selbst ausgesperrt werden. Statt vor dem Werkstor in der Kälte rumzustehen, sollte die betroffene Belegschaft den Betrieb besetzen und die Manager nach Hause schicken. Man wird sie kaum vermissen. Zweitens sollte die IGM den Streik sofort ausdehnen. Drittens sollten alle DGB-Gewerkschaften Solidaritätsstreiks organisieren.

Der Veränderung des § 116, die Streichung des Kurzarbeitergeldes für die "kalt Ausgesperrten", wurde von der CDU/FDP-Regierung in bester Thatcher-Tradition als gezielter Angriff auf die Gewerkschaften eingeführt. Doch bisher haben es die Bosse nicht gewagt, den 116er anzuwenden. Der erste Einsatz wäre ein Angriff auf alle Gewerkschaften.

1986 gab es – inoffizielle – politische

Kompromißbereitschaft hat die Unternehmer nur zu weiteren Angriffen ermutigt.

Die Unternehmer sind jetzt so dreist, weil die IGM-Führung bei der letzten Tarifrunde so kompromißbereit war. 1993 war der IGM-Vorstand bereit, den geltenden Vertrag im Osten aufzugeben. Laut Sachsens Ministerpräsident Biedenkopf verkündete Steinkühler selbst während der zweiten Warnstreikwelle, die



Unbekannte korrigierten in Bremerhaven die Aussagen der Arbeitgeber ...

Streiks der DGB-Gewerkschaften gegen die Änderung des §116. Bei der ersten Anwendung wäre ein 24stündiger Generalstreik die richtige Antwort. Denn einmal damit durchgekommen, würden die Unternehmer den 116er als das Mittel zur Knebelung der Gewerkschaften nutzen.

Großkonflikt vermeiden?

Zwickel erklärte die Samthandschuh-Taktik mit dem Ziel, einen "gesellschaftlichen Großkonflikt" zu vermeiden. Doch der ist schon da – der Arbeitgeberverband hat das im November durch die Kündigung des Vertrages deutlich gemacht. Seit zwölf Jahren ist die Regierung auf Konflikt-Kurs gegen die arbeitenden Menschen zum Segen der Profite. Der "Großkonflikt" ist unvermeidbar.

Führung wäre "zu Kompromissen bereit, die möglicherweise weh tun werden, um einen Arbeitskampf zu verhindern."

Daraufhin blieben die Bosse stur. Es waren die Kollegen und ihre überwältigende Streikbereitschaft, die die Bosse zurück an den Verhandlungstisch zwangen. Selbst dann durften nur 10 Prozent streiken. Drei der fünf neuen Länder wurden nicht in den Streik gerufen, trotz großer Mehrheiten bei den Urabstimmungen. Die Verschiebung der schon festgelegten Angleichung hat den Bossen vier Milliarden DM mehr auf ihren Konten gebracht.

Zehn Jahre lang hat die IG Metall einen größeren Streik vermieden, zunehmend auf Kosten der Reallöhne der Mitglieder. Jetzt muß sie konsequent kämpfen.

Stuart Garvie, IGM-Betriebsrat,
Brent Kennedy, Köln

Um die Initiative wieder zu erlangen, muß der IGM-Vorstand sofort Urabstimmungen in allen Bezirken ansetzen. Eine Mehrheit ist sicher. Dann kann die Gewerkschaft entscheiden, wo die Produktion zum Stillstand kommt.

und zögert. Zehn Tage vergingen zwischen der schon längst fälligen Entscheidung und der Durchführung der Urabstimmung und dann noch eine Woche bis Anfang der Streiks in Niedersachsen am 7. März. Warum? Warum nur in einem Bezirk?

Zwickel meinte, dort hätten die Arbeitgeber die wenigsten wirtschaftlichen Rechtfertigungen für Aussperrungen – mit anderen Worten, es wird dort ge-

Amigo Schönhuber

CSU-Mann Streibl knüpft Kontakte

Zu einem Besuch hat der bayrische Ex-Ministerpräsident Max Streibl Schönhuber empfangen. Angeblich soll es nicht um Politik gegangen sein. Streibl war im letzten Jahr über die "Amigo"-Affäre gestolpert – er hatte sich private Reisen großzügig von Unternehmen bezahlen lassen, die bei staatlichen Aufträgen immer gut versorgt wurden. Streibl ist immer noch Chef des wichtigsten CSU-Bezirksverbandes Oberbayern. Der CSU-Vorsitzende Waigel meinte, der Besuch wäre Streibls Privatsache, darüber habe nicht die Partei zu befinden.

Gescheiterte Existenzen

Die CSU insgesamt will noch keine offiziellen Kontakte mit den REP-Faschisten. Sie hat zwar Panik, ihre absolute Mehrheit zu verlieren, aber eine offene Zusammenarbeit mit den REPs würde die Situation in Bayern zu stark polarisieren, viele Jugendliche und ArbeiterInnen nach links treiben. Streibl selbst hat auch keine große Zukunft in der CSU, er ist ein abgehalfterter Politiker, nicht einmal besonders verschla-

gen. Doch genau so fängt die stärkere Verbindung der "normalen" bürgerlichen Rechten mit den Faschisten an. Gescheiterte Existenzen wie Schönhuber selbst (auch Ex-CSU-Mann) oder der Ex-CDU-Abgeordnete Krause aus Thüringen oder der ehemalige FDP-Mann Brunner ("Bund freier Bürger") knüpfen Kontakte zu den Faschisten, gründen rechte Gruppen oder treten in die Nazi-Gruppen ein. Auch einzelne SPD-Karrieristen, die sich zu dumm angestellt haben, sind auf kommunaler Ebene zu den REPs übergelaufen.

Und in nächster Zeit wird es angesichts der sozialen Kämpfe und steigenden Wut in der Bevölkerung auf die Bonzen eine Menge gescheiterter Existenzen unter den Politikern geben, die keinen Ausweg in parlamentarischer Politik sehen und nach rechts gehen.

Wir können gespannt sein, was der über eine Korruptionsaffäre gestürzte rechte CSU-Hetzredner Gauweiler noch alles anstellen wird. Egal, ob sie gleich in die Rechtsaußen-Gruppen eintreten oder in CDU/CSU und FDP bleiben: die



Beziehungen der bürgerlichen Parteien werden sich im Zuge der sozialen Krise soweit "normalisieren", wie es die Antifaschisten zulassen.

In Italien schmiedet der rechtslastige Medien-Monopolist Berlusconi mit seiner (noch) nicht-faschistischen Partei "Forza Italia" zur Zeit ein offizielles Bündnis mit den Neofaschisten der MSI und den rechten, für die Abspaltung Norditaliens eintretenden "Ligen", um einen linken Wahlsieg zu verhindern. Noch ist das deutsche Parteiensystem nicht so offensichtlich durch und durch verrottet wie in Italien, aber in diese Richtung wird der Zug fahren.

Max Streibl mag ein Idiot sein. Aber sein Treffen mit Schönhuber ist eine Warnung für die Arbeiterbewegung und die Linke.

Geert Möbius, Jungsozialist, Köln

Polizei-Randale in Hannover

Zum Auftakt des Wahlkampfes in Niedersachsen gab es in Salzgitter und Hannover Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und antifaschistischen Demonstranten. Nach einer Kundgebung von 2000 Menschen zogen in Hannover 1000 AntifaschistInnen vor das Kongress-Zentrum, um eine Schönhuber-Veranstaltung zu verhindern. Die Polizei griff die Demo mit Pferden, CS-Gas und Wasserwerfern an, es gab viele Verletzte. Die Nazis konnten ihr Treffen unter Lobpreisungen für die Polizei abhalten. Eine Woche zuvor hatte die Polizei in Salzgitter versucht, die REP-Veranstaltung mit dem Knüttel durchzusetzen.

Es ist ein Skandal, daß im rot-grün regierten Niedersachsen die Polizei den Weg für die Faschisten freiprägelt. Der brutale Einsatz muß von einer unabhängigen Kommission untersucht, die Verantwortlichen gefeuert werden. Doch die gute Beteiligung bei den Demos und die Entschlossenheit vieler Demonstranten, nicht nur hilflos zu protestieren, sondern die Nazi-Treffen zu verhindern, läßt für den weiteren Wahlkampf hoffen.

Was will VORAN

Der Kapitalismus ist ein chaotisches, krisenhaftes Wirtschaftssystem, in dem nur die Profitinteressen einer kleinen Minderheit von Unternehmern zählen. Die Folgen: Hunger und Elend in der "3. Welt" bei gleichzeitiger Überproduktion und Vernichtung von Lebensmitteln; Bedrohung der Existenz der Menschheit durch Raubbau an der Natur; Massenarbeitslosigkeit, Armut, sinkende Reallöhne und Sozialabbau auch in den entwickelten Industrieländern; Abbau der von der Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten erkämpften Errungenschaften.

Wir meinen, daß die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft überfällig ist. Würden die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte auf der ganzen Welt vernünftig genutzt, müßte kein Mensch hungern, arbeits- oder obdachlos sein und die Umweltzerstörung könnte beendet werden. Das ist nur möglich, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Dazu muß die Minderheit der Kapitalisten enteignet werden, damit eine demokratische Planung der Wirtschaft im Interesse von Mensch und Umwelt erfolgen kann.

In Osteuropa ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern der Stalinismus. Es gab zwar Planwirtschaft und Staatseigentum aber keinerlei demokratische Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung. VORAN hat seit dem Erscheinen unserer Zeitung 1973 die Diktatur einer privilegierten, abgehobenen Bürokratischen schicht politisch bekämpft und diese Staaten nie als sozialistisch betrachtet.

Wir haben das Gemeineigentum an Produktionsmitteln und die Planwirtschaft immer verteidigt und sind auf dieser Grundlage für den Aufbau einer echten Arbeiterdemokratie eingeteten.

VORAN ist eine unabhängige marxistische Gruppe. In der Arbeiterklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals, für jede echte Verbesserung und für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Sozialismus kann nur von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung erkämpft werden. Dazu braucht sie starke Arbeiterorganisationen mit sozialistischem Programm, die konsequent für die Interessen der ArbeiterInnen kämpfen. Die heutigen Führer von SPD und Gewerkschaften haben jedoch mit diesem System Frieden geschlossen und sind meilenweit vom Leben der arbeitenden Bevölkerung entfernt.

Wir sind aktive Mitglieder der Gewerkschaften, der SPD und der JungsozialistInnen. Wir treten dafür ein, daß der Marxismus wieder auf die Tagesordnung dieser Organisationen kommt. Wir fordern, daß SPD-Abgeordnete und alle hauptamtlichen Funktionäre in SPD und Gewerkschaften nicht mehr verdienen dürfen als ein durchschnittlicher Facharbeiter und daß sie der demokratischen Kontrolle der Mitgliedschaft unterworfen sind.

Mit unserer Zeitung VORAN wollen wir einen Beitrag zu einer unabhängigen Arbeiterpresse gegen die bürgerlichen Medien leisten. Sie dient der Verbreitung sozialistischer Ideen und dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Unsere Arbeit wird ausschließlich von Unterstützern und Lesern finanziert.

VORAN ist Teil einer internationalen marxistischen Strömung, die in fast allen europäischen Ländern sowie in vielen Ländern auf den restlichen Kontinenten vertreten ist.



JRE-Sieger demonstrieren gegen den Freispruch der beiden Nazis

Siegen: "Anti-Antifa" bedroht JRE-Mitglied

Faschisten fühlen sich durch Freispruch ermutigt

Nach dem Freispruch der beiden Sieger Nazis (siehe Rückseite) rief Jugend gegen Rassismus – JRE zu einer spontanen Kundgebung einen Tag nach der Urteilsverkündung auf. Diese wurde von

der Polizei verboten. Die Demonstration fand schließlich in der Woche danach statt. Trotz kurzer Mobilisierungszeit nahmen 200 Leute daran teil.

Es wurde klar, daß die Nazis durch das Urteil frecher werden: am Abend nach der Demo erschienen sechs organisierte Faschisten bei unserer JRE-Sitzung und wollten daran "teilnehmen". Sie standen über Funktelefon mit ihren Kameraden, die draußen Patrouille führen, in Verbindung. Diese sechs kommen aus dem gleichen Umfeld wie die beiden Freigesprochenen des Nazi-Prozesses.

Drohungen

Ein Wochenende später beschmierte die "Anti-Antifa" den Briefkasten eines JRE-Mitgliedes und hinterließ einen "Brief" mit kaum versteckten Drohungen, ihn anzugreifen. Sie drohten, er würde in der nächsten "Einblick"-Ausgabe auftauchen. Als Kontaktadresse der "Anti-Antifa Südwestfalen" gaben sie das Postfach der Siegener FAP an. Die Siegener Nazi-Szene trifft sich

in einer Siegener Kneipe. Dort planen sie ihre Anschläge. In den letzten Monaten wurden in der näheren Umgebung dieser Kneipe schon mehrere Personen angegriffen. So haben sie einer JRE-Aktivistin mit Leuchtpurmunition in den Rücken geschossen und einem anderen Mädchen, bei dem Versuch, einem farbigen Nachbarn zu helfen, der von mehreren Skins attackiert wurde, drei Rippen gebrochen.

Seit einigen Wochen planen wir eine Aktion gegen diese Kneipe und haben schon über 1000 Unterschriften gesammelt, mit denen wir versuchen werden, bei der Brauerei Druck zu machen. Wir werden es nicht zulassen, daß sich die bei der FAP, Sauerländer Aktionsfront (SAF), Anti-Antifa organisierten Terroristen dort weiter treffen und ihre feigen Aktionen aushecken.

JRE Siegen wird auch an Gewerkschaften und SPD wenden, um den gezielten Terror der Faschisten gegen einzelne Personen zu stoppen.

Ein Mitglied von JRE Siegen



20. April: Kickt die Nazis raus!

Antifaschistische Demo vor Fußball-Spiel

Wieder einmal steht uns Hitlers Geburtstag bevor. Bundesweit werden die Faschisten seinen 105. feiern. In Berlin hat es uns diesmal besonders getroffen, da im Olympia-Stadion das Fußball-Länderspiel Deutschland gegen England am 20. April stattfindet.

Hamburg, wo das Spiel ursprünglich stattfinden sollte, hatte nach Drohungen von deutschen und englischen Neonazis, Randalen zu machen, kalte Füße bekommen und das Spiel abgesagt.

Der Berliner Senat erklärte sich bereit, daß Spiel auszutragen. Er will wieder einmal beweisen, wie stark er ist und alles unter Kontrolle hat. 10 000 Polizisten sollen eingesetzt werden, um "Ruhe und Ordnung" zu bewahren. Es ist zu befürchten, daß die Stadt Berlin eine Bürgerkriegsübung abhält, bei der zwar die Nazis nicht viel zu vermeiden haben, aber auch Antifaschisten nicht frei demonstrieren können.

Wir wollen das Stadion nicht randalierenden Nazis überlassen. Wir wollen aber auch keine staatlich verordnete Friedhofsruhe. Die große Mehrheit aller Fußball-Fans ist gegen Faschisten und nicht bereit, sich das Spiel von den Nazis

kaputtmachen zu lassen oder ihnen das Stadion als Bühne zu überlassen. Das muß am 20. April deutlich werden. Jugend gegen Rassismus – JRE Berlin schlägt deswegen vor, in einen Demonstrationzug in oder vor das Stadion zu ziehen. Für diese Demonstration werden wir versuchen, Gewerkschaften, andere Antifa-Gruppen und Fan-Klubs zu mobilisieren.

Wir planen, vor dem Spiel rote Karten mit einer deutlichen Botschaft gegen die Nazis an alle Fans zu verteilen, um klarzumachen, daß die AntifaschistInnen in der Mehrheit sind. So können wir die Nazis demoralisieren und ihnen zeigen, daß wir nicht bereit sind, ihnen – egal wo – das (Spiel)Feld zu überlassen. Auch JREler aus Britannien haben sich angekündigt.

Wir hoffen auf eine breite Unterstützung aller antifaschistischen Organisationen, insbesondere der Arbeiterbewegung, deren Organisationen, wie die Geschichte zeigt, stets als erste von den Faschisten nach deren Machtergreifung zerschlagen wurden.

Perle, JRE-Mitglied, Berlin



YRE Jugend gegen Rassismus in Europa
Youth against Racism in Europe

Anschlag in Schweden

JRE-Aktivist entgeht Paketbombe

Ein JRE-Aktivist hat eine technisch ausgeklügelte, als Video-Kassette getarnte Bombe erhalten. Sie wurde jedoch entdeckt, bevor sie Schaden anrichten konnte. In der gleichen Woche erhielten andere Antifas Bomben-Attrappen.

Das britische Antifa-Magazin SEARCHLIGHT spricht von einer "internationalen Terrorkampagne, an der die britische Terroristen-Gruppe Combat 18 und das gewalttätige Nazi-Netzwerk VAM (Weißer Arischer Widerstand) in Schweden beteiligt ist". Laut SEARCHLIGHT kursieren die Anleitungen für den Bombenbau in der europäischen Nazi-Szene.

Polizei behindert Ermittlungen

Die schwedische Polizei hat sich mit den Ermittlungen nach der Bombe gegen JRE nicht sehr beeilt. Selbst zwei Wochen später waren keine Wohnungen, Büros von Nazi-Organisationen oder ihren Führern durchsucht worden, obwohl Gruppen wie die VAM schon häufiger Bombenanschläge gemacht haben. 1991

deponierten sie einen Sprengsatz im Stockholmer Bahnhof, 1992 wurde eine Bombe mit großer Sprengkraft in einem Mülleimer am Rande einer antifaschistischen Demonstration entdeckt. Bei einer Explosion hätten Dutzende Menschen getötet werden können. Damals wurde keiner verhaftet und die Bombe verschwand auf geheimnisvolle Weise aus der Polizeistation.

In der schwedischen Polizei gibt es Kräfte, die die Nazis decken. Im Januar dieses Jahres wurde aufgedeckt, daß Polizisten eine Bande gebildet und Raubüberfälle und Morde begangen hatten. Mitglieder dieser Bande hatten auch Kontakt zur VAM.

Polizei und Medien stellen den Bomben-Terror der Nazis auf eine Stufe mit der antifaschistischen Selbstverteidigung. Sie sagen, die Video-Bombe gegen JRE sei "Teil der eskalierenden Gewalt zwischen Faschisten und einigen Antifaschisten" und warnen vor "Extremisten von links und von rechts".

Von unserem Korrespondenten in Stockholm

By any means necessary

"Wir haben Cuck Berry, Little Richard, die Beatles, die Stones, die Pistols, die Clash – all die Acts auf diesem Album und jede Pop-Platte, die Dich jemals berührt hat. Die Faschos haben einen Haufen häßlicher, kahlgeschorener, nach Müll klingender Idioten, die allesamt von einer faschistischen Regierung zusammengejagt und erschossen würden, weil sie 'nichtarische' Musik spielen."

So schreibt Stephen Wells, Redakteur des international bekannten NEW MUSICAL EXPRESS im Inlet des JRE-Albums "By any means necessary". "Jede Rap-, Rock- oder Dance-Platte ist ein Schlag ins Gesicht der Nazis."

"By any means necessary" – das erste Album von Jugend gegen Rassismus in Europa hat 19 solcher Schlä-

ge ins Gesicht der Faschisten. JRE greift dieses Zitat des amerikanischen Schwarzenführers Malcolm X auf und sagt: "Stopp Nazis und Rassisten – mit allen notwendigen Mitteln!"

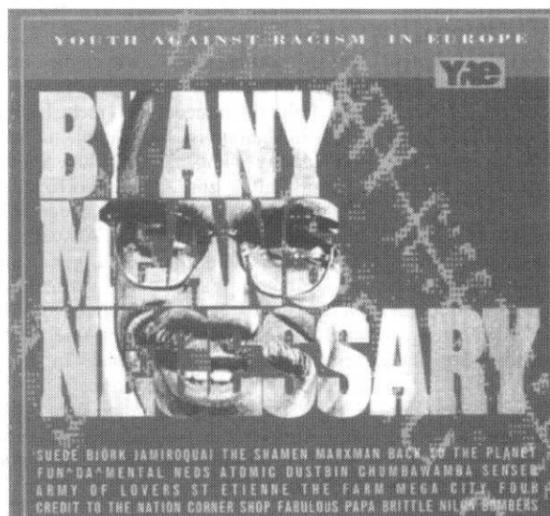
Das JRE-Album vereinigt Bands, von denen viele nicht nur ein Stück zur Verfügung stellen, sondern aktiv am Kampf gegen Rechts teilnehmen.

Die Rapper von MARXMAN sagen, daß Bands mehr machen müssen als nur das Album zu unterstützen: "Sie müssen sich selber einige Fragen stellen. Es reicht nicht, einfach zu sagen 'Ja, das unterstützen wir' und das war es dann. Sie sollten sich fragen, weshalb Rassismus auftritt und was sie dagegen tun werden, wenn das Thema einmal nicht mehr in der Öffentlichkeit ist, vor allem wenn ihr nächstes Album rauskommt und dieses einfach nur voller Popsongs ist." Marxman selber nehmen an Aktionen von JRE teil und machen, wie viele der Bands auch Konzerte zugunsten von JRE.

Ach ja, zur Musik auf dem Album, die ist ja nicht unwichtig: Eine deutsche Szene-Zeitschrift nach der anderen lobt das Album in höchsten Tönen. Das Beste vom Besten der britischen Musikszene komme da zusammen. Ob MEGA CITY FOUR, JAMIROQUAI, CHUMBAWAMBA, THE SHAMEN, THE FARM, SUEDE oder die weniger britischen ARMY OF LOVERS und BJÖRK. Dazu kommen die Indie-Bands NEDS ATOMIC DUSTBIN und die NILON BOMBERS und die Rapper von FUN^DA^MENTAL, MARXMAN und CREDIT TO THE NATION. Zweifelsfrei einer der besten Sampler, die in letzter Zeit veröffentlicht wurden.

Und wenn Du Dich beim Kauf der CD wieder mal ärgerst wie sch...teuer CDs sind, dann weißt Du diesmal wenigstens, daß JRE das Geld nutzen wird, um den Nazis einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Sascha Stanicic, JRE-Bundessprecherat



Verhindert die Elite-Hochschulen

Neue bundesweite Aktionen nötig / Mehr Mobilisierung in der breiten Öffentlichkeit

Das BAFÖG ist eingefroren und noch anderes führt die Regierung im Schilde: Statt nach dem vierten Semester soll man ab 1995 schon nach dem Zweiten einen Leistungsnachweis vorlegen. Damit soll ein Viertel der BAFÖG-Empfänger aus der Förderung herausfallen. Die Bundesregierung zeigt ihr wahres Gesicht – die Landesregierungen verstecken sich dahinter.

Beim Eckwertepapier (Einführung einer Regelstudienzeit, Änderung der Prüfungsordnung) behaupteten sie steif und fest: "Das Studium soll studierbar gemacht werden". Studium soll für die studierbar gemacht werden, deren Eltern genug Kohle haben.

Streikwelle

Deshalb gibt es seit Dezember '93 zahlreiche Proteste von Studentinnen und Studenten. Unzählige Streiks, Demos und Aktionen wurden auf die Beine gestellt. Allerdings ist in vielen Orten die Bewegung wieder weitgehend abgeflaut. Einige sind deshalb enttäuscht, andere sehen die Lösung in Aktionen, bei denen man nur wenige mobilisieren muß.

Deshalb ist es wichtig, einen Blick zurückzuwerfen und von den bisherigen Aktionen Bilanz zu ziehen. In den letzten Monaten ist es immer wieder zu spontanen Protesten gekommen, die Be-

reitschaft zum Kampf war groß. Sogar bei sehr kurzfristigen Aktionen haben sich Tausende gefunden, die mitprotestiert haben.

Doch viele Aktionen, vor allem die überregionalen Demos, waren zu kurzfristig angesetzt, um wirklich breit dafür mobilisieren zu können. In vielen Unis haben sich die Studierenden mehr mit sich selbst beschäftigt, als massiv ihren Protest in die Öffentlichkeit zu tragen.

Beispiel Aachen: Dort waren 12 000 StudentInnen eine Woche lang im Streik, aber Außenstehende haben davon kaum etwas mitbekommen. Arbeitsgruppen, in denen wir untereinander diskutieren, reichen nicht aus, um Angriffe zurückzuschlagen.

Wir müssen in der Öffentlichkeit massiven Druck auf die Damen und Herren Politiker ausüben. Gerade SchülerInnen und ArbeiterInnen, die von den Unternehmern und ihrer Regierung im Moment auch angegriffen werden, müssen wir unsere Situation und Argumente erklären.

Noch nicht zu spät

Wir können die Pläne von Bundes- und Landesregierungen noch vom Tisch kriegen. Die französischen Schüler und Studenten haben mit ihrer Demo im Januar in Paris (1 Million Menschen) die An-



Kohl wünscht die Förderung von Elitebildung für eine kleine Minderheit

griffe auf die Bildung zurückgeschlagen. VORAN schlägt vor, sofort nach Semesterbeginn an allen Unis massiv für eine bundesweite Demo Mitte Mai in Bonn zu mobilisieren. So haben wir die Gelegenheit, daß jede Studentin und jeder Student von der Demo Bescheid weiß und dahin kommt.

Wenn das nicht ausreicht, um Kohl & Co. zurückzuschlagen, können wir danach eine bundesweite Streikwoche mit Uni-Besetzungen machen. Alle, die was machen wollen, müssen in die Organisation einbezogen werden. Ein erster Schritt sind Vollversammlungen mit dem Thema "Wie bekommen wir die

Pläne vom Tisch?"

Weiterhin brauchen wir Aktionskomitees, die die Proteste an den Unis und zwischen den Unis koordinieren. Der Streik-Kongreß in Köln im Januar war ein guter Ansatz, doch die Zusammenarbeit muß permanent sein, einzelne Kongresse reichen nicht aus. Solche Aktionskomitees müßten der erste Schritt zu einer bundesweiten Vertretung der Studierenden sein.

Mit gemeinsamen Aktionen der fast 2 Millionen Studierenden können wir die Angriffe der Regierung zurückschlagen.

Miriam Alberti, Studentin, VORAN-Gruppe Aachen

Gegen die Schulzeitverkürzung

Keine Lernfabrik für die Unternehmer

Kohl und Konsorten reicht es offenbar nicht, daß an den Unis gekürzt werden soll. Allein das würde schon die SchülerInnen – als zukünftige StudentInnen – treffen. Jetzt soll den Schülern ein zweites Messer in den Rücken gestoßen werden. Das 13. Schuljahr soll für Gymnasiasten gestrichen werden, die Gymnasien wieder zu "Elite"-Schulen werden.

Für uns SchülerInnen würde das bedeuten:

- Wir hätten ein Jahr weniger Zeit, um den gleich Stoff zu bewältigen. Das heißt: mehr Streß und weniger Freizeit, immer mehr würden unterwegs auf der Strecke bleiben, sitzenbleiben oder das Abitur nicht bestehen. Viele SchülerInnen ohne reiche Eltern müssen heute schon neben der Schule arbeiten.

- Die Straffung des Unterrichts hätte zur Folge, daß immer weniger Arbeitsgruppen angeboten werden könnten. Veranstaltungen außerhalb des Unterrichts müßten drastisch eingeschränkt werden. Klassenfahrten in der Oberstufe wären kaum durchführbar. Aber gerade bei solchen Veranstaltungen können sich Schüler und Lehrer besser kennenlernen.

- Bei der Straffung von Lehrplänen würden die Dinge darunter leiden, die den Unterricht interessant machen können. Wir wollen aber nicht zu "guten Rechnern, Lateinern und Biedermännern" (Hermann Hesse) gemacht werden, sondern zu selbständig denkenden und kritikfähigen Menschen.

Pablo, Stuttgarter Schülerrat

Rechte Schlips-Jusos zurückgeschlagen

Linke Opposition in Mecklenburg-Vorp.

Vom 4.-6. Februar fand die Jahreshauptversammlung der Jungsozialisten in Mecklenburg-Vorpommern unter der regen Beteiligung von 22 (!) Leuten statt. Der Hauptakt dabei sollte nach dem Willen der Schlips- und Kragen-Jusos des rechtssozialdemokratischen "Duisburger Kreises" die Umbenennung in "Junge Sozialdemokraten" sein, um den Verband noch weiter nach rechts und damit in die Bedeutungslosigkeit zu treiben. Das gelang aufgrund des Widerstandes von rund einem Drittel der Teilnehmer nicht. Diese stammten fast alle aus dem marxistischen Unterbezirk Rostock, der damit seine Stärke demonstrieren konnte. Rostock ist der einzige Unterbezirk, der kontinuierliche Arbeit leistet. Insgesamt haben weiterhin Karrieristen ("Ich will in den Landtag") des "Duisburger Kreises" das Sagen. Das zeigte sich an der Zustimmung der Konferenz zur Einführung eines zweiten (Billig-)Arbeitsmarktes, wie von Regierung und Unter-

nehmern vorgeschlagen.

Die Rechten waren jedoch nach dem Scheitern ihrer Umbenennung demoralisiert und verließen die Konferenz. Anträge zur Unterstützung von JRE - Jugend gegen Rassismus in Europa und zur Gründung eines Frauenarbeitskreises wurden angenommen. Vier von fünf Juso-Bundeskongreß-Delegierten sind Marxisten. Ein weiterer Lichtblick war der junge Unterbezirk Stralsund, der im Bündnis mit anderen Jugendlichen gute Antifa-Arbeit gemacht hat.

Jedoch besteht kaum ein Grund zum Jubeln, da die Rechten uns weiterhin Knüppel zwischen die Beine werfen und viele interessierte linke Jugendliche von einer Mitarbeit bei den Jungsozialisten abhalten werden. Dagegen werden wir weiter kämpfen und die Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern so schnell wie möglich ändern.

Arne, Jungsozialist, VORAN-Gruppe Rostock

DT64 – Power von der Eastside

Jugendradio sendet weiter



Vor zwei Jahren sorgte die im Einigungsvertrag festgelegte "Abwicklung" des DDR-Jugendradios DT64 für Aufsehen. Zehntausende ostdeutsche Jugendliche gingen für ihren Sender auf die Straße, 500 000 Unterschriften wurden gesammelt, Staatskanzleien und Rundfunkhäuser besetzt.

Schon zu DDR-Zeiten war das kritische Jugendradio – 1964 auf dem landesweiten FDJ-Treffen gegründet – bei der SED-Führungsspitze nicht gerade beliebt. Erich Honecker auf einer SED-Tagung 1965: "Über eine lange Zeit hat DT64 in seinem Musikprogramm einseitig die Beatmusik propagiert. Dabei wurde übersehen, daß der Gegner diese Musik ausnutzt, um durch die Übersteigerung der Beatrhythmen die Jugend zu Exzessen aufzuputschen."

Doch man traute sich nicht, die Jugendwelle auszuschalten. Mit dem Ende der DDR sollte das anders werden. Schon 1990 sollten die Frequenzen von DT64 an Rias Berlin abgegeben werden. Spontan gingen Tausende auf die Straße, blockierten Autobahnen und ließen beim Verantwortlichen das Telefon glühen. Die Maßnahme wurde zurückgenommen.

Doch 1991 ging es weiter. Erst als in Dresden 10 000 demonstrierten, wurde die Ausstrahlung für ein weiteres halbes Jahr zugesagt. Von Mitte 92 bis Sommer 93 war DT64 nur noch auf Mittelwelle zu hören. Dies hatten CDU und SPD durchgesetzt.

Nur über Satellit

Inzwischen hat der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) DT 64 unter dem Namen "SpuDTnik" in sein Programm integriert, trotz heftigen Widerstandes der CDU. Die Jugendwelle wird allerdings

nicht über UKW, sondern nur über den Astra-Satelliten ausgestrahlt.

Bald soll SpuDTnik auch digital über Satellit oder Kabel ausgestrahlt werden. Dafür braucht man jedoch einen speziellen 400,- DM teuren Tuner – zu teuer für die DT64-Fans.

Der Sender hat jetzt einen fester Hörerkreis von 300 000-400 000 Leuten. Kritische Berichte haben auch weiterhin einen festen Platz. Besonders im Nachrichtenmagazin "Rush hour" und der Satiresendung "Deutschland im Stau" merkt man immer wieder, daß DT64 kein Sender für Obrigkeitshörige ist.

Der Versuch, DT64 plattzumachen, war ein Teil der CDU-Medienpolitik, die im Osten einen strammen Rechtskurs durchsetzen wollte und zu großen Teilen auch durchgesetzt hat. Daß dies nicht völlig gelang, lag am Widerstand vieler Zehntausend Jugendlicher, die nicht mit Dudel-Sendern eingeschläfert werden, sondern gut gemachtes und kritisches Radio hören wollen. Wer mehr über den Sender oder die Freundeskreise wissen will, sollte einfach an diese Adresse schreiben:

Freunde des Jugendradios DT64 e. V.
Schandauerstr. 64
01277 Dresden
Sven, JRE, DT64-Initiative Franken

Empfangsmöglichkeiten:
Europaweit über Satellit Astra 1 B, Transponder 17, 11464 GHz
Über MDR-Tonträger, Transponder 43, Frequenz 7,38/7,56 MHz Stereo
landesweit im Kabel mit DSR-Tuner auf Kanal 15 oder vom Satelliten Kopernikus mit DSR-Tuner, Transponder K 4, 12.625 GHz, Kanal 15

Ihr da oben ...



Weltbürger Abs

Einer der wichtigsten Bankiers der Welt, Hermann Abs, ist gestorben. In seinem Nachruf würdigte der SPD-Ministerpräsident (NRW) Rau dessen Verdienste: "Hermann Josef Abs war ein Weltbürger. Sein Denken und Wirken ging weit über Staatsgrenzen hinaus ...". Damit hat er recht. Denn Hermann Abs lebte – solange dies ging – nach dem Motto "Heute gehört uns Deutschland, und morgen die ganze Welt". Er war der Experte der Deutschen Bank für internationale Geschäftsbeziehungen von 1938 an. Die Deutsche Bank half bei der Beschlagnahme von jüdischem Eigentum in den 30er und 40er Jahren. Er saß im Aufsichtsrat der IG Farben, die als einer der größten Konzerne entscheidend an den Produktionsstätten der Vernichtungslager beteiligt war.

All diese Aufgaben nahm er so geschickt wahr, daß er sich selber die Hände nicht schmutzig machte. Die USA internierten ihn zwar nach Kriegsende für kurze Zeit, wollten ihn dann aber für den Wiederaufbau des deutschen Kapitalismus einsetzen. Doch noch 1983 galt er in den USA wegen seiner Verbindungen zum Nazi-Regime als unerwünscht.

Im Nachkriegs-Aufschwung wurden keine Nazi-Methoden zur Profitsteigerung benötigt. Abs eroberte Reichtum durch wirtschaftliches Handeln. 1957 stieg er zum Vorsitzenden des Deutsche Bank-Verwaltungsrates auf. Auf dem Höhepunkt seiner Karriere saß er 24 Aufsichtsräten, von Daimler bis Lufthansa.

Er war gegen Betriebsräte und Mitbestimmung, klagte über die "faulen deutschen Arbeiter" und lehnte Sozialleistungen ab. Abs war kein Nazi im ideologischen Sinne, sondern ein Konservativer. Er benutzte zur Durchsetzung der Kapitalinteressen jeweils die der Zeit entsprechenden Methoden. Das ist vom Standpunkt der Konzernherren aus normal.

Wenn ein sozialdemokratischer Ministerpräsident solch einen Typen würdigt, anstatt über seine verbrecherische Rolle aufzuklären, ist das allerdings ein Skandal.

Familienwerte

Die britischen Konservativen – Tories – überziehen das Land mit einer "Moral"-Kampagne für alte Familienwerte, ewige Treue und wohlbehütete Kinder. Dieses zuckersüße Geseiere begleiten sie mit Angriffen gegen alleinerziehende Mütter.

Doch über diese "Moralisten" lachen die Briten nur. Erst kam heraus, daß ein Minister zwei uneheliche Kinder hat. Dann, wie die Tory-Gemeindeverwaltung in Westminster Mieter aus Sozialwohnungen drängte, um dort Parteienhänger einzuquartieren. Den Höhepunkt setzte der Nachwuchsminister Milligan: er beendete sein Leben nur mit Straps und Damenunterwäsche bekleidet, einer dekorativen Orange im Mund und einer Plastiktüte über dem Kopf.

Privat können diese Typen tun, was sie wollen, aber sie sollen uns in Ruhe lassen mit ihrer Scheinmoral, die nur ihre Raffgier verschleiern soll. Das ist auch eine Warnung an deutsche "christliche" Politiker, die sich als Hüter der Grundwerte aufspielen. Wer weiß, was über ihre Hobbys noch ans Tageslicht kommt.



... wir hier unten



Internationa

Weltweit ausgebeutet

Obwohl die Lage von Frauen in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich ist, ist allen gemeinsam, daß die Frauen die kapitalistische Krise am härtesten zu spüren bekommen und als billigere Arbeitskräfte ausgenutzt werden.

USA

In den letzten Jahren wird das seit 1973 bestehende Abtreibungsrecht immer weiter ausgehöhlt. Ärzte in staatlich subventionierten Kliniken oder Beratungszentren dürfen ihre Patientinnen nicht mehr über die Möglichkeiten eines Schwangerschaftsabbruchs informieren. Der Versuch konservativer Abtreibungsgegner, die geltende Fristenlösung abzuschaffen, scheiterte jedoch am Widerstand der knapp 1 Million Menschen, die 1992 in Washington auf die Straße gingen.

Aber auch gegen gesellschaftlich akzeptierte Gewalt setzen sich Frauen zur Wehr. Eine von vier Frauen wurde bereits sexuell belästigt, die Hälfte davon, bevor sie 19 Jahre alt waren. Jede zehnte Frau wurde von ihrem Ehemann oder Lebensgefährten mißhandelt oder vergewaltigt. In den USA haben sich jetzt Frauen in der "Campaign against domestic violence" (Kampagne gegen Gewalt in der Familie) organisiert, um gegen die Tabuisierung dieses Themas zu kämpfen und den betroffenen Frauen zu helfen.

1992 konnten sie die Freilassung von Margaret Bolton aus dem Gefängnis erreichen, die ihren gewalttätigen Ehemann in Notwehr erstochen hatte. Doch auch die Stahlarbeitergewerkschaft greift dieses Thema auf und macht Druck auf die Regierung, Hilfe für betroffene Frauen zu schaffen. Gleichzeitig bietet sie Aufklärung und Hilfe für ihre Mitglieder an, zu denen auch Opfer und Täter gehören.

Indien

In Indien gelten weibliche Babys als Last. Viele werden schon kurz nach der Geburt erstickt oder erschlagen. Eine Untersuchung ergab 1991, daß bei 8000 Abtreibungen in Bombay nur ein einziges männliches Embryo abgetrieben wurde. Mädchen erhalten in der Regel keine Schulbildung, da diese zu teuer ist und ihre Eltern deswegen einen höheren Brautpreis an die Familie des zukünftigen Ehemannes zahlen müssen. Im Streit um den gesetzlich verbotenen Brautpreis wurden 1990 nach Regierungsangaben mehr als 4800 Frauen von der Familie ihres Ehemannes getötet, meist verbrannt.

Stirbt der Ehemann, so droht vielen Frauen noch immer der Tod auf dem Scheiterhaufen. Über 16 Millionen Kinder müssen in Indien ab dem 5. oder 6. Lebensjahr arbeiten, um sich und ihre Familien zu ernähren. Die "Sozialistische Kampagne für Jugendrechte" kämpft gegen die schlechten Arbeitsbedingungen dieser Kinder, die oft 10 oder mehr Stunden täglich arbeiten und für das Recht auf Bildung. Sie leistet Aufklärungsarbeit und organisiert die Kinder im Kampf um das Recht auf Kindheit.

Osteuropa

Seit dem Zusammenbruch des Stalinismus hat sich die Situation für die Frauen der ehemaligen Ostblockländer drastisch verschlechtert. In Rußland sind 70 Prozent der Arbeitslosen Frauen, viele von ihnen hochqualifizierte Ärztinnen, Technikerinnen und Lehrpersonal.

Durch Armut und den Anstieg von Preisen für Lebensmittel und Kleidung sind Kinder für die meisten Frauen ein unbezahlbarer Luxus geworden - die Geburtenrate in Moskau ist bereits 1991 um 40 Prozent gesunken. Die Regierenden versuchen solche Entwicklungen zu stoppen, indem sie sie verbieten. In Polen beispielsweise erhält ein Arzt zwei Jahre Gefängnis für eine Abtreibung.

Gegen die Not der Frauen aber wird nichts unternommen. Immer mehr junge Frauen sind gezwungen, sich zu prostituieren, damit sie und ihre Familien überleben können. Per Katalog können sich deutsche Männer Frauen aus diesen Ländern bestellen, die sie dann entweder heiraten oder bei Nichtgefallen zurückschicken.

Schweden

Bisher konnte Schweden mit der fortschrittlichsten Gesetzgebung zu Frauenfragen in Europa glänzen. Der Schwangerschaftsabbruch ist uneingeschränkt möglich. 80 Prozent aller Frauen arbeiten. Die Versorgung mit Kita-Plätzen ist sehr umfassend. Wenn eine Frau ein Kind bekommt, werden 90 Prozent ihres Lohnes für einen Erziehungsurlaub von 12 Monaten vom Arbeitgeber weitergezahlt. Allerdings befindet sich Schweden seit 1992 in der tiefsten Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren, so daß diese Errungenschaften jetzt gefährdet sind. Durch soziale Kürzungen und Rücknahme von finanziellen Hilfen sind Abtreibungen bereits so teuer geworden, daß sie für viele Frauen unbezahlbar sind. Geplant ist auch, die Lohnfortzahlung im Erziehungsurlaub auf 80 Prozent zu kürzen. Auch in Schweden werden Frauen immer noch geringer bezahlt als Männer, mit der Folge, daß der Erziehungsurlaub aus finanziellen Gründen meist von den Müttern genommen werden muß, obwohl auch Väter gesetzlich dazu berechtigt sind.

Die schwedischen Gewerkschaften führen in verschiedenen Bereichen erfolgreich den Kampf gegen die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. So haben sie in vielen Bereichen durchgesetzt, daß geschlechtsspezifische Berufsbezeichnungen (wie z.B. Tagesmutter) durch neutrale Berufsamen ersetzt werden, da sie in der Aufspaltung der Berufe in männliche und weibliche eine Möglichkeit für die Unternehmer sehen, Männer und Frauen unterschiedlich zu bezahlen.



Kita-Streik 1990 in Berlin: Nach 9 Wochen höhere Löhne erkämpft

Unsere Meinung

Frauenstreiktag: Ein guter Schritt, aber noch nicht genug

Überall auf der Welt kämpfen Frauen für ihre Rechte. So streikten im internationalen Jahr der Frau 1975 isländische Frauen gegen Lohndiskriminierung und schlechte Arbeitsbedingungen. Fast 90 Prozent aller Frauen beteiligten sich und ließen so ganze Wirtschaftsbereiche zum Stillstand kommen. 1991 folgten die Schweizerinnen diesem Beispiel. Der von den Gewerkschaften organisierte Streik mit 300 000 Teilnehmerinnen wurde zur größten Demonstration in der Geschichte der Schweiz. Auch in den USA 1970 und den Niederlanden 1981 gab es Frauenstreiktage. 1994 soll der internationale Frauentag in Deutschland zum Streiktag werden.

Diskussion um Streiks

Vor zwei Jahren begannen Gewerkschafterinnen und Frauengruppen, weitergehende Aktionen für den 8. März 1994 zu diskutieren. Dies war gegenüber den Demonstrationen der vergangenen Jahre ein wichtiger Schritt vorwärts. Allerdings war von Anfang an die Gestaltung des Streik-Tages umstritten. Gerade höhere gewerkschaftliche Gremien wollten eher symbolische Aktionen und keine Arbeitsniederlegungen. Die Aktivitäten innerhalb des Betriebes sollten sich darauf beschränken, keinen Kaffee zu kochen oder die Pause um fünf Minuten zur "lila Pause" zu überziehen.

Die IG Medien ist die einzige Gewerkschaft, die sich hinter Kolleginnen stellt, die die Arbeit niederlegen wollen.

Würden die Gewerkschaften hinter den Kolleginnen stehen, wäre es kein Pro-

blem, für einen Streik zu mobilisieren; die Stimmung unter den Frauen dafür ist zweifellos da. Aber durch die halbherzige Stellung der Gewerkschaften haben viele Angst: "Heute Streik und morgen arbeitslos? Nein, danke, dann doch lieber ohne mich".

Trotzdem werden sich viele Frauen in irgendeiner Form an den Aktionen beteiligen. In einigen Bereichen wird auch die Arbeit effektiv niedergelegt werden. In der Kölner Stadtverwaltung überlegen Kolleginnen, gemeinsam den Personalrat aufzusuchen. Die Reinigungskräfte des Düsseldorfer Flughafens wollen in den Streik treten.

Der Frauenstreiktag 94 ist ein erster Schritt. Doch sollten die Gewerkschaften nicht bei Demos und "symbolischen" Aktionen bleiben, sondern Streiks organisieren, die den Arbeitgebern wirklich weh tun. Auch die Verbindung mit stattfindenden Tarifkämpfen bietet sich an, denn dort geht es auch um unseren Lohn und unsere Arbeitsbedingungen. So könnten auch unsere männlichen Kollegen mit einbezogen werden. Denn Frauenstreik heißt eigentlich ein Streik aller, weil letztlich die besonderen Interessen und Nöte der Frauen im gemeinsamen Kampf aller ArbeitnehmerInnen gegen die Unternehmer durchgesetzt werden müssen.

Die Artikel auf diesen Seiten wurden von Helgard Schulze, Kassel, Fiz Garvie, Köln und Christine Eiber, Stuttgart, zusammengestellt.

Der 8. März 1917

Der internationale Frauentag entstand aus den Kämpfen der proletarischen Frauenbewegung. Sein erstes und wichtigstes Ziel war die Erringung des uneingeschränkten Frauenwahlrechts. Erstmals demonstrierten am 19. März 1911 Männer und Frauen für die Gleichberechtigung der Frau, für Demokratie und den Frieden. Während des 1. Weltkrieges setzten sich die bürgerlichen Frauenorganisationen für die "Verteidigung des Vaterlandes" und die Einberufung der Frauen für Arbeit direkt hinter der Front ein.

Der internationale Frauentag aber blieb ein revolutionärer Kampftag für Frieden und die Rechte der Frau: "An dem Frauentag muß sich in allen Ländern der Wille der Proletarierinnen entzünden und stärken, für den Frieden zu kämpfen." (Clara Zetkin, 1915).

Am 8. März 1917 streikten in Rußland Petersburger Textilarbeiterinnen für Brot, gegen die Zarenherrschaft und gegen den Krieg. Ihr Aufstand war der Auftakt für die Revolution, die erst den Zaren und wenige Monate später den Kapitalismus stürzte. Traditionell wird seitdem der 8. März als internationaler Frauentag begangen.



er Frauentag



Frauenalltag im Kapitalismus

Auch frühere begrenzte Fortschritte sind bedroht

Im Wirtschaftsaufschwung bis in die Siebziger Jahre konnten viele Fortschritte in Richtung Gleichberechtigung – hauptsächlich auf Druck der Gewerkschaften – erzielt werden. Es gab erfolgreiche Kämpfe gegen die Beschäftigung von Frauen in Leichtlohngruppen und für die tarifliche Absicherung und Gleichstellung von Teilzeiterinnen im öffentlichen Dienst, für den Ausbau des Mutterschutzes, um nur einige zu nennen.

Doch jetzt – in der Rezession – wollen die Unternehmer die Rücknahme dieser Errungenschaften durchsetzen. So lag das durchschnittliche Gehalt einer Angestellten laut Statistischem Bundesamt im Jahr 1990 fast eineinhalb Prozent niedriger als 1978. Insgesamt geht die Propaganda der Wirtschaft und der Regierung

in Richtung totale Flexibilisierung der Arbeitszeit, mehr Teilzeitarbeitskräfte, Privatisierung und Deregulierung der Bundesunternehmen und kommunalen Dienste. Auch andere diskriminierende Maßnahmen staatlicherseits, wie die Angriffe auf das Abtreibungsrecht und das leere Versprechen, jedem dreijährigen Kind ab 1996 einen Kindergartenplatz zu garantieren, bedrohen die erreichten Fortschritte.

Wir sind von einer wirklichen Gleichberechtigung immer noch weit entfernt. Nach wie vor arbeiten die meisten Frauen trotz gleich guter Qualifikation in einigen wenigen "typischen" Frauenberufen wie Sekretärin, Friseurin, Arzthelferin, Einzelhandelskauffrau, die von vornherein schlechter bezahlt werden. Ein Drittel aller berufstätigen Frauen ar-

beitet teilzeit, viele ohne soziale Absicherung. Nach wie vor werden Frauen langsamer befördert als ihre männlichen Kollegen und nach wie vor sind sie absolut unterrepräsentiert in den Führungsetagen.

Nicht zuletzt sind wir kraft unseres Geschlechts täglich und ständig mit Gewalt konfrontiert. Alle 3 Minuten wird in Deutschland eine Frau vergewaltigt (laut Kölner Frauenamt), Millionen von Frauen sind der Erniedrigung und Mißhandlung durch ihren Partner ausgesetzt. Vergewaltigung in der Ehe wird nicht gesetzlich bestraft, Pornographie ist nicht verboten, Frauenhandel und Prostitution sind ein Milliardengeschäft und betreffen Hunderttausende Frauen. Auch das ist die tägliche Realität für Frauen und Mädchen im Kapitalismus.



Frauen in Ostdeutschland sind von der Krise besonders hart getroffen. Im offiziellen Programm vom Frauentag fehlen aber konkrete Forderungen zur Verbesserung ihrer Lage.

Männer als Feind?

Reicht der Kampf gegen die Männergesellschaft?

Manche Frauen meinen, daß nicht der Kapitalismus, sondern das Patriarchat (also die Männerherrschaft) die Hauptursache für die weibliche Unterdrückung sei. Der Kampf müsse daher in erster Linie gegen die Männerherrschaft geführt werden. Sie übersehen dabei, daß das Patriarchat als Bestandteil der kapitalistischen Ordnung nicht losgelöst von dieser betrachtet werden kann. Das kapitalistische System basiert auf der Trennung von Berufsarbeit und unbezahlter häuslicher Arbeit. Zweifelloso profitiert der einzelne Mann von der üblichen Arbeitsteilung, die der Frau die Kindererziehung und Hausarbeit aufbürdet.

Zwar ist der Anteil berufstätiger Frauen in Westdeutschland beständig gestiegen, aber diese arbeiten häufig in schlecht bezahlten Jobs mit geringen Aufstiegschancen oder teilzeit und in ungesicherten Arbeitsverhältnissen. Frauen spielen zudem eine wichtige Rolle als ökonomische Reservearmee nach dem Motto: im Aufschwung geheuert, in der Krise gefeuert. Viele Frauen gehören zu den versteckten Arbeitslosen, sie tauchen in der Statistik gar nicht auf. Aufgrund der Wiedereinführung des Kapitalismus in der Ex-DDR ist der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen von 49 Prozent vor der Wende auf 32 Prozent im Jahr 1993 gesunken. Selbst in Hitler-Deutschland brauchte man bis 1936, um durch massive "Zurück-zum-Herd"-Politik die Frauenerwerbsquote auf diesen niedrigen Stand zu drücken!

Kohl und Co. reden häufig von der heilen Welt der Familie. Was steckt dahinter?

Die Kleinfamilie stabilisiert das System, indem er die ArbeiterInnen voneinander isoliert und die Solidarität auf den engsten Familienkreis beschränkt. Wer wagt schon, seinen Arbeitsplatz durch gewerkschaftliches Engagement zu riskieren, wenn er zu Hause mehrere Kinder zu versorgen hat? In der Familie hat die Frau für die Wiederherstellung der männlichen Arbeitskraft zu sorgen. So kann Papa sich auf das Berufsleben konzentrieren. Außerdem hält die Familie

traditionelle hierarchische Denkmuster aufrecht, die für das Überleben des Systems notwendig sind. Nicht umsonst gilt die Familie als Keimzelle des Staates.

Generell werden gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen wie Kindererziehung, Altenpflege und Hausarbeit vom Kapitalismus voll auf Kosten der Frauen privatisiert. Das erspart dem Staat jährlich Milliarden und macht die Frauen von ihren Männern abhängig. In Wirtschaftskrisen werden zudem Sozialleistungen abgebaut – was oft die Frauen zuerst trifft wie das Hinausschieben der Rechtsgarantie auf einen Kindergartenplatz auf 1998 bzw. 2000 statt 1996. Ein bloßer Rollentausch zwischen Mann und Frau nützt nichts, deshalb fordern wir SozialistInnen die Vergesellschaftung der Kindererziehung, Altenpflege und Hausarbeit. Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der herkömmlichen Rollen. Dafür muß heute schon gekämpft werden – und das Geld ist da! Jährlich hinterziehen Unternehmer 100 Mrd. an Steuern, doch jedem 3-jährigen Kind einen Kita-Platz zu verschaffen, kostet 21 Mrd. DM. Billige, qualitativ gute öffentliche Restaurants und Wäschereien könnten von den Kommunen eingerichtet werden. Heute wird uns nichts geschenkt und kein Fortschritt ist auf Dauer, deshalb fällt der Kampf um die Befreiung der Frau mit dem Kampf um den Sozialismus zusammen.

Die endgültige Aufhebung der Rollenteilung ist nur in einer sozialistischen Demokratie möglich, in der "die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist". Natürlich können wir Frauen nicht warten, bis ein sozialistisches System erkämpft ist. Wir müssen hier und jetzt beginnen, für unsere Rechte einzutreten.

Die historische Rolle der Frauen in Aufständen und Arbeitskämpfen zeigt, daß sie zum Kampf bereit sind. Man denke nur an den ötv-Steik 1992, bei dem überdurchschnittlich viele Frauen beteiligt waren und ihre Kampfkraft unter Beweis stellten.

Sozialistische Frauenbewegung

Im Anschluß an die bürgerlich-demokratischen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts entwickelten sich Ansätze einer organisierten Frauenbewegung. Viele Frauen hatten sich an den revolutionären Kämpfen beteiligt und neues Selbstvertrauen gewonnen. So befanden sich unter den revolutionären Volksmassen, die am 14. Juli 1789 die Bastille, das Symbol der Willkürherrschaft, stürmten, auch zahlreiche Frauen.

Während der Französischen Revolution organisierten sich Frauen in Klubs und nahmen an politischen Versammlungen teil. 1793 wurden allerdings gemischte Klubs und Frauengesellschaften verboten. Die bürgerliche Revolution beschränkte die politischen Rechte auf die Männer.

In der Februarrevolution von 1848 entstanden in Frankreich erneut politische Frauenklubs und eine Union der Arbeiterinnen. Auch in Deutschland war die Entstehung der organisierten Frauenbewegung eng mit den Ereignissen von 1848 verknüpft. Dabei ließen sich schon sehr bald zwei gegensätzliche Richtun-

durch Reformen zu lösen sei.

Sie konnten jedoch den Arbeiterinnen, die zu Hungerlöhnen in den Fabriken schufteten mußten, keine Perspektive aufzeigen. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts waren vereinzelt Frauen in Unterstützungskassen und Bildungsvereinen organisiert. Sie hatten dabei jedoch mit den Vorurteilen ihrer männlichen Genossen zu kämpfen. So lehnte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) Lasalles, die erste deutsche Arbeiterpartei, die Mitgliedschaft von Frauen ab und forderte ein Verbot der Frauennarbeit.

Konsequente Sozialisten wie August Bebel forderten dagegen die Einbeziehung der Frauen in den gewerkschaftlichen Kampf. Nur durch den gemeinsamen Kampf beider Geschlechter könnten bessere Löhne und Arbeitsbedingungen sowie eine sozialistische Gesellschaft durchgesetzt werden. "Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter". (August Bebel). Noch auf dem Gothaer Vereinigungsparteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei (Vorläuferin der SPD) 1875 wurde Bebels Antrag, das Frauenwahlrecht als Forderung aufzunehmen, abgelehnt. Erst im Erfurter Programm der SPD 1891 wurden die Gleichberechtigung der Geschlechter und das Frauenwahlrecht gefordert.

In den folgenden Jahren nahm die Frauenbewegung einen rasanten Aufschwung. Die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder erhöhte sich von 277 659 im Jahr 1891 auf über 2,5 Millionen 1913. Die sozialistische Frauenbewegung wurde vor allem von Clara Zetkin aufgebaut, die dem linken Flügel der SPD angehörte und engagiert gegen reformistische und chauvinistische Tendenzen kämpfte. Von 1892 bis 1917 regierte Zetkin die proletarische Frauen-

zeitschrift "Die Gleichheit", die wegen ihrer revolutionären Haltung häufig von der SPD-Führung kritisiert wurde. "Die Gleichheit" trug entscheidend dazu bei, viel Arbeiterinnen politisch zu erziehen. Die sozialistische Frauenbewegung er-



Clara Zetkin, Vorkämpferin der proletarischen Frauenbewegung (links) und Rosa Luxemburg

wies sich in den folgenden Jahren als ein Bollwerk gegen kleinbürgerlichen Opportunismus, der sich in der SPD immer mehr breitmachte.

MarxistInnen gehen von einer doppelten Unterdrückung der Frau im Kapitalismus aus: der Unterdrückung als Geschlechtswesen und der Unterdrückung im Produktionsprozeß. Der weibliche Emanzipationskampf ist daher nicht vom proletarischen Klassenkampf zu trennen.

Clara Zetkin formulierte es so: "... dann kann sich auch von rechts her an die bürgerliche Frauenrechtlerin der verknöcherteste Spießbürger anschließen und zur Proletarierin kann sich der profitgierigste Kapitalist gesellen. Der Spießbürger findet eben, daß sich das Menschentum der Frau zur herrlichsten Blüte entfaltet, wenn sie ausschließlich Strümpfe stopft, Suppe kocht und als Kindergebärmaschine funktioniert. Der Kapitalist seinerseits schwört Stein und Bein, daß das Menschentum der Arbeiterin nie köstlicher entwickelt ist, als wenn sich diese zum Zweck seines Profits das Fell über die Ohren ziehen läßt und dazu 'Vergelt's Gott, edler Menschenfreund' sagt." (Clara Zetkin)

★ neu ★ neu ★ neu ★ neu ★ neu ★

Uns reicht's – wir schlagen zurück!

Das VORAN-Frauenprogramm: Belästigung am Arbeitsplatz, Leichtlohngruppen, Vergewaltigung in der Ehe, Kinderbetreuung und Familie – Schluß mit der Ungerechtigkeit! Für ein Leben ohne Unterdrückung und Isolation!

Preis 3,50 DM + 1,50 Porto erhältlich bei der Redaktion VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln (nur gegen Vorkasse, auch in Briefmarken)

neu neu neu neu neu neu



Die NATO hilft nicht den Menschen in Bosnien, sondern zementiert die Eroberungen des Raubkrieges

Frieden durch die NATO?

Seit April 1992 tobt der Krieg. Die meisten Menschen in Deutschland haben längst abgeschaltet, verstehen nicht mehr, wer warum gegen wen kämpft.

Warum wird immer noch gekämpft?

Die kroatischen und serbischen "warlords" haben ihre Kriegsziele noch nicht erreicht. 1991 haben Kroatiens Tudjman und Serbiens Milosevic in einem Geheimabkommen die Aufteilung Bosnien-Herzegowinas beschlossen.

Zwar ist der größte Teil des Landes inzwischen von serbischen Truppen erobert und "ethnisch gesäubert" worden, doch in einigen wichtigen Städten – nicht nur in Sarajewo – halten bosnische Verteidiger länger stand als erwartet. Bosnische Einheiten waren sogar zu Entlastungs-Offensiven in der Lage.

Was will der Westen?

Nach dem Massaker im Februar auf dem Marktplatz von Sarajewo, bei dem 62 Menschen getötet wurden, drohte die NATO mit Bombenangriffen auf serbische Stellungen. Serbische Einheiten um Sarajewo aber auch die bosnischen Verteidiger sollen schwere Geschütze unter UNO-Aufsicht stellen oder zurückziehen. Die Serben nutzen dies zur Verlagerung der schweren Waffen an andere Frontabschnitte.

Der Westen will den Krieg in Ex-Jugoslawien eindämmen. Die Serben sollen einige Stellungen räumen. Die Moslems können dann unter Druck gesetzt wer-

den, den größten Teil der Gebietsverluste zu akzeptieren. Den serbischen Kriegsherren wird durch die Anwesenheit der ihnen freundlich gesonnenen russischen UNO-Truppen bedeutet, daß ihre Beute zum großen Teil gesichert ist.

Schon im letzten Jahr, als die serbischen Truppen ihre Ziele fast erreicht hatten, schien eine Verhandlungslösung möglich. NATO und UNO hätten trotz aller anti-serbischen Propaganda die Eroberungen bestätigt und akzeptiert. Doch durch den Widerstand der Bosnier und die Dauer des Krieges wurde der Balkan immer instabiler. Eine Ausweitung des Krieges in Richtung Kosovo und Mazedonien ist möglich.

Bringt die NATO den Frieden?

Es könnte zu einem Abflauen der Kämpfe kommen, doch ein Frieden wäre das nicht. Für die Menschen in Bosnien-Herzegowina, egal welcher Nationalität, würden die unter der Drohung der NATO-Bomben zustande gekommenen Waffenstillstände und die Aufteilung des Landes kein Ende des Leidens bedeuten. Vertreibung, Hunger, Morde und Vergewaltigungen haben die Moslems gedemütigt. Das Hineinzwängen einer gemischt-nationalen Bevölkerung in einen Flickenteppich aus durch Krieg geschaffenen kleinen Bezirken ist eine Garantie für Vergeltungsaktionen. Die den Moslems zugedachten Gebiete wären nichts anderes als große Flüchtlingslager.

Auf der Grundlage dieser Friedhofsruhe könnten dann Propaganda über die friedensstiftende Rolle des Westens betrieben und die Geschäfte mit dem Balkan wieder in Gang gebracht werden.

NATO-Militäraktionen sind genauso wenig eine Lösung wie die Anwesenheit der UNO-Blauhelme. Militärschläge des Westens wären keine "sauberen chirurgische Eingriffe". Sie würden Zivilisten treffen. Wir lehnen NATO-Angriffe auf die Serben ab und fordern den sofortigen Abzug aller ausländischen Truppen aus Ex-Jugoslawien.

Führt die bosnische Armee einen gerechten Krieg?

Auch einige Linke in Westeuropa fordern eine Unterstützung der bosnischen Einheiten. Es ist zwar richtig, daß viele der Verteidiger von Sarajewo bewußt gegen Nationalismus und für das Zusammenleben von Moslems, Serben und Kroaten kämpfen. Der britische "Guardian" beschreibt die 2. Brigade der bosnischen Armee als die "Bergarbeiter-Brigade", die "für eine multi-ethnische Gemeinschaft kämpft".

Doch das trifft nicht auf die gesamte Armee zu. Dort, wo die bosnische Armee in die Offensive gegangen ist, hat auch sie Kroaten und Serben vertrieben, die nationalistiche Spaltung vertieft. Die bürgerliche Regierung Izetbegovic nimmt am nationalistischen Massaker teil.

Serben und Kroaten sind besser ausgerüstet und haben aggressivere Pläne. Doch der Charakter der bosnischen Armee ist nicht prinzipiell verschieden, auch sie führt keinen gerechten Krieg.

Wie kann der Krieg beendet werden?

Die einzige Lösung ist, wenn sich die arbeitenden Menschen der verschiedenen Nationalitäten zusammenschließen und den nationalistischen Krieg in einen sozialen Kampf umwandeln. Wir treten daher für die Bildung von gemeinsamen Selbstverteidigungseinheiten der ArbeiterInnen ein, die ihre Städte und Gemeinden gegen den nationalistischen Terror verteidigen.

Daß ist keine kurzfristige Lösung, denn in Bosnien selbst hat das Morden tiefe Gräben aufgerissen. Ob eine Bewegung zur Arbeitereinheit von dort ausgeht, ist fraglich. Der Schlüssel zur Beendigung des Krieges liegt in Kroatien und vor allem Serbien selbst. Dort stehen die sozialen Probleme im Vordergrund. Würden in Serbien soziale Unruhen ausbrechen, wäre das ein Ansatz für den Kampf um gemeinsame Interessen mit Moslems und Kroaten.

Gibt es eine Opposition in Serbien?

Die offizielle bürgerliche Opposition um Vuk Dracovic ist selber nationalistisch. Sie lehnt lediglich den Krieg ab, um sich als Opposition zu profilieren. Sie hat keine wirtschaftliche Alternative zu Milosevic nationalistischen "Sozialisten".

Die wirtschaftliche Situation in Serbien ist katastrophal. Die monatliche Inflation lag im Dezember 93 bei 100 000 Prozent. Mit der Landeswährung Dinar möchte niemand bezahlt werden. Vor kurzem streikten Eisenbahn- und Bergarbeiter für D-Mark-Löhne. Viele Arbeiter lassen sich mit Reis, Autoersatzteilen oder Fahrrädern bezahlen. In den meisten Fabriken Serbiens und Montenegros wird nur noch ein bis zwei Stunden am Tag gearbeitet.

Unabhängige Gewerkschaften wie die "Nevazinost" haben sich gebildet. In ihr sind 100 000 Arbeiter organisiert. Die Führung hat allerdings keine politische Alternative zum Milosevic-Regime.

Eine wirkliche Opposition wird sich in Serbien herausbilden, wenn sich die Kämpfe der Arbeiter verallgemeinern, wenn diese einen politischen Kampf gegen die Regierung führen.

Claus Ludwig, Jungsozialist, VORAN-Gruppe Köln

Hoffnung in Nordirland

Zwischen Verhandlungen und verschärftem Bombenterror

Trotz der im Sommer 93 begonnenen Friedensgespräche zwischen der britischen und irischen Regierung vergeht kaum ein Tag ohne Morde. In einem protestantischen Arbeiterviertel in West-Belfast tötete im Oktober 93 eine IRA-Bombe 10 Menschen und verletzte weitere 56. Darauf fielen wahllos innerhalb

einer Woche 13 Katholiken protestantischen Mordkommandos zum Opfer.

Jetzt ist herausgekommen, daß schon seit 1990 Sinn Fein, der politische Flügel der Irisch-Republikanischen Armee (IRA), in Geheimverhandlungen einbezogen war. Themen der Verhandlungen sind die Möglichkeit einer Vereinigung

Irlands und der Abzug der britischen Besatzungstruppen. Erreicht wurden bisher nur vage Absichtserklärungen, "die Gründe des Konflikts zu beseitigen."

Nationalistische Sackgasse

Widerstand gegen die Verhandlungen kommt aus dem extremen protestantischen Lager, von den paramilitärischen Organisationen wie der Ulster Defence Association (UDA). Diese Sektierer nutzen die Ängste der protestantischen Bevölkerung vor einer Vereinigung mit der Republik Irland aus, in der hohe Arbeitslosigkeit und Armut herrschen. Viele Protestanten fürchten, dann als Minderheit zum Sündenbock für soziale Probleme zu werden.

Das ist nur möglich, weil die IRA und Sinn Fein in ihrer nationalistischen Sackgasse stecken und es keine starke Kraft in der Arbeiterbewegung gibt, die eine Alternative anbietet. Sinn Fein hat unter ihrem Vorsitzenden Gerry Adams zwar einige sozialistische Phrasen ins Parteiprogramm aufgenommen. Trotzdem macht sie eine rein nationale, nur auf die katholische Bevölkerung zugeschnittene Politik. Die IRA hat sich durch ihren Bombenterror sämtliche Wege zu den Protestanten verbaut.

Es ist jetzt möglich, daß im Laufe der Verhandlungen Waffenstillstände vereinbart werden. Die IRA weiß, daß sie den militärischen Kampf nicht gewinnen kann. Auch den Briten wäre eine Beruhigung der Lage und ein langsamer militärischer Rückzug lieb. Doch sie haben die



Besatzungsmacht England: Straßenkontrolle in der Innenstadt von Belfast

Lage schon seit 1969 nicht mehr unter Kontrolle. Viele Nordiren hoffen auf die Verhandlungen, Katholiken und Protestanten sind "kriegsmüde". In nächster Zeit ist eine Beruhigung der Lage möglich. Doch ein Waffenstillstand wäre instabil. Die sozialen Ursachen des Konfliktes blieben bestehen. Protestantische Sektierer können wieder stärkere Unterstützung bekommen.

Die UDA (Ulster Defence Association), eine paramilitärische Protestantenvereinigung, hat in einem Strategie-Papier für den Fall eines vereinigten Irlands eine Kampagne "ethnischer Säuberungen" wie in Bosnien beschrieben. Die mehrheitlich katholischen Gebiete an der heutigen Grenze zur Republik Irland sollen aufgegeben werden, Katholiken sollen als Geiseln genommen, einige als Drohung ermordet werden.

Arbeitereinheit

Noch sind dies Wahnvorstellungen einer Bande reaktionärer Mörder. Doch auch in Jugoslawien hätte vor vier Jahren niemand daran gedacht, daß solch ein Gemetzel möglich wäre. Eine derartige

Verschärfung des Bürgerkrieges kann nicht ausgeschlossen werden.

Doch trotz der tiefen nationalistischen Spaltung gelingt es Gewerkschaftern immer wieder, in Arbeitskämpfen protestantische und katholische Arbeiter zusammenzuführen. Einige dieser Gewerkschafter machten deshalb Bekanntschaft mit den Sicherheitskräften. Die Arbeitereinheit ist offensichtlich eine Gefahr für die herrschende Klasse.

Die Mitglieder von "Militant Socialist" versuchen, diese Ansätze zur Einheit auch auf politischer Ebene zu organisieren. Sie treten ein für den gemeinsamen Kampf für Arbeitsplätze und Wohnungen und ein vereinigtes sozialistisches Irland.

"Nur eine geeinte nordirische Arbeiterklasse im Kampf gegen die herrschende Klasse des Kapitals, der jetzt noch die Spaltung nutzt, und der Kampf für eine gerechtere Gesellschaft kann jeglichem Sektierertum, das für das Morden in Nordirland verantwortlich ist, die Wurzeln entziehen." So Benny, Gewerkschafter und "Militant Socialist"-Aktivist aus Belfast.

Jörg, VORAN-Gruppe Berlin

Die Teilung Irlands

1921 teilten die Briten das von ihnen seit dem 17. Jahrhundert beherrschte Irland. Der Süden wurde unabhängig, die sechs überwiegend protestantischen Nordprovinzen (Ulster) blieben bei Britannien.

Gründe waren der zunehmende Kampf gegen die Besatzung und seine enge Verbindung mit der Arbeiterbewegung. Am Osteraufstand für die Unabhängigkeit 1916 nahmen auch bewaffnete Arbeiter unter dem Gewerkschaftsführer und Marxisten James Connolly teil.

Mit Ulster sicherten sich die Briten die am stärksten entwickelte Region Irlands und lenkten die sozialen Kämpfe nach dem Prinzip "teile und herrsche" in nationale Auseinandersetzungen um. Die Protestanten im Norden wurden für ihre Treue zu England belohnt und bei Arbeitsplätzen, Wohnungen und Bildung bevorzugt. So wurde die irische Arbeiterklasse gespalten.

Als 1969 eine große Bürgerrechts-

bewegung gleiche soziale Rechte für die katholische Minderheit forderte und auch Unterstützung bei Protestanten fand, verübten protestantische Reaktionäre Pogrome und Anschläge gegen Katholiken. Die angeblich zum Schutz der Katholiken herbeigeholten britischen Fallschirmjäger gingen vor allem gegen die Bürgerrechtsbewegung und irische Nationalisten vor.

Die IRA übernahm die Verteidigung gegen diese Angriffe. Sie hatte einen enormen Zulauf. 1971 begann der militärische Kampf für ein vereinigtes Irland. Doch er blieb eine erfolglose Kampagne individuellen Terrors auch gegen die protestantische Zivilbevölkerung. Statt die Katholiken zu schützen, vertiefte die IRA die mörderische Spaltung in der Bevölkerung. Weder konnte der Terror der protestantischen Reaktionäre dadurch beendet noch die Briten aus dem Land verjagt und Irland vereinigt werden.

24-Std.-Generalstreik in Spanien

Warnschuß für die sozialdemokratische Gonzales-Regierung



Demonstration Streikender

Am 27. Januar streikten die ArbeiterInnen Spaniens gegen den sozialen Kahlschlag und die arbeiterfeindliche Politik der "sozialistischen" Regie-

runge Gonzalez. GenossenInnen von VORANs Schwesterzeitung MANIFIESTO und JRE-Mitglieder nahmen am Streik teil. Torge, Mitglied von JRE-Portugal berichtet:

"Ich beteiligte mich als Mitglied des Solidaritätskomitees von JRE - Jugend gegen Rassismus in Europa am Streik in Sevilla. Um Punkt zwölf Uhr nachts des 27. Januar trafen wir uns im Gewerkschaftsraum der "Arbeiterkommissionen" (CCOO). Es wurde von den ersten Auswirkungen berichtet: In einigen Regionen setzte der öffentliche Nahverkehr aus, gleiches galt für die Telefonzentralen. Die Nachtschichten vieler Betriebe stellten die Arbeit ein.

Nach diesem Auftakt zogen wir als fliegende Streikposten durch die noch zum Teil geöffneten Kneipen und Bars,

um sie - meistens mit dem Einverständnis der Wirte - zu schließen. Später versammelten wir uns vor dem Eingang des Großmarktes, um die Anlieferung von

Waren zu verhindern. Hier gab es die ersten Übergriffe der Polizei, die es einigen Lastwagen ermöglichte, den Streikposten zu passieren.

Unser nächstes Ziel war das Busdepot, wo unser Streikposten einem starken Aufgebot von Polizei gegenüberstand. Der "sozialistische" Innenminister hatte sie beauftragt, einigen Streikbrechern unter den Busfahrern die Aufnahme ihrer Arbeit zu ermöglichen. Trotz allem kamen nicht viele durch, geschweige denn Busse mit unzerstochenen Reifen ...

90prozentige Beteiligung

Zur Mittagspause hatten alle Gewerkschaften zur Demonstration in der Innenstadt aufgerufen. Viele Zehntausende kamen zu einem machtvollen Marsch zusammen. Bis Mitternacht zogen wir gemeinsam mit der kommunistischen Jugend durch die Stadt, um Geschäfte und Kneipen, von denen gegen Mittag wieder einige geöffnet hatten, zu schließen.

Den ganzen Tag über versuchten die Bürgerlichen, einen Mißerfolg des Streiks zu verkünden. Arbeitgebervertreter und die Regierung sprachen von einer 34prozentigen Streikbeteiligung. In Wahrheit war die Beteiligung fast 90prozentig. Schulen und Universitäten beteiligten sich ebenfalls. Am 28. 1. gab es eine nationale Großdemo in Madrid.

Das Beispiel der spanischen ArbeiterInnen sollte ein Signal für die deutschen KollegInnen sein. Die Aktivität von JRE ist zudem ein gutes Beispiel für solidarische Arbeit in der Arbeiterbewegung.

In Spanien hat diese Bewegung zum ersten Mal seit vielen Jahren ihre geballte Macht gezeigt. Der Generalstreik war ein klares Zeichen für die regierenden "Sozialisten", eine Warnung, was passiert, wenn sie nicht augenblicklich ihre arbeiterfeindliche Politik zurücknehmen.

Ihren Kampf beendeten die KollegInnen mit dem Ruf: "Alles was fehlt, ist ein neuer Generalstreik!"

Frankreich: Kämpfen lohnt sich

Den Franzosen platzt der Kragen. Nach dem Streik der Flughafenangestellten der Air France ist allen klar geworden: die konservative Regierung Balladur hat Angst vor der Arbeiterbewegung. Statt den Streik schnell zu beenden bewirkten die Zugeständnisse das Gegenteil. Kämpfen lohnt sich, war die Botschaft, die Lawine kam ins Rollen: Bergarbeiter liefern sich Straßenschlachten, eine Bewegung an den Schulen zwang die Regierung zum Rückzug, 1 Millionen Demonstranten feierten den Sieg in Paris. Und dann schlugen die Fischer und ihre Familien zu (siehe Bild).



Nach Straßenschlachten, kostenloser Ausgabe von "beschlagnahmtem" Importfisch durch Streikende, zeitweilige "Abschaffung" der Autobahngebühren versprach die Regierung erhöhte Sozialleistungen in

den betroffenen Regionen. Die Not ist groß: viele Fischer "verdienen" nur 600 DM pro Monat, andere Arbeit gibt's nicht... Daher sind die Fischer mit die bisherigen Zusagen noch nicht ruhig gestellt. Arbeitslosigkeit, eine schwache Regierung

und erfolgreiche Kämpfe werden Frankreichs Arbeiter/-innen weiter ermutigen - nicht umsonst fürchten die Herrschenden ein neues '68!

Philemon Mauku frei!

Politischer Gefangener in Südafrika entlassen / Selbstverteidigung weiter nötig

Am 18. Februar wurde Philemon Mauku aus dem Leuwkoop-Gefängnis in Transvaal, Südafrika, entlassen. Er war wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Sein "Verbrechen" war, im Alexandra Township in Johannesburg die Selbstverteidigung gegen die vom Staat geförderten rechten Todesschwadronen zu organisieren.

Trotz allem Friedensgerede geht der Terror vor den Wahlen weiter: Vor allem Angehörige der rechten Zulu-Organisation "Inkatha" verüben Mordanschläge auf Anhänger des ANC. Am 19. Februar alleine wurden 15 ANC-Wahlkämpfer ermordet.

Nach der Vereinbarung zur Freilassung politischer Gefangener zwischen ANC und Regierung vom September 1992

sind vor allem die bekannten Gefangenen des ANC freigekommen, viele Basisaktivisten blieben hinter Gittern. Im Mai letzten Jahres waren Philemon und 20 andere Gefangene im Leuwkoop-Gefängnis in den Hungerstreik getreten, um ihre sofortige Freilassung durchzusetzen. Der Hungerstreik wurde abgebrochen, als der ANC ein Komitee zur Verteidigung der politischen Gefangenen gegründet hatte und versprach, sich stärker für sie einzusetzen.

Philemon ist Aktivist der sozialistischen Gruppe CONGRESS MILITANT und wird jetzt wieder mit voller Kraft für einen Wahlsieg des ANC und ein sozialistische Südafrika kämpfen können.

Ausführliche Berichte über die Lage in Südafrika vor den Wahlen in der April-Ausgabe von VORAN.

Italien vor den Parlamentswahlen

Konferenz der "Partito Rifondazione Comunista" / Eintritt in Wahlbündnis mit PDS

Mit dem Zusammenbruch des Stalinismus gerieten auch alle "Kommunistischen" Parteien in den westlichen Ländern in eine Krise. In Italien war die KP traditionell die wichtigste Arbeiterpartei. Seit 1991 hat sie einen starken Rechtsruck vollführt und ein pro-marktwirtschaftliches Programm beschlossen - einhergehend mit einer Namensänderung in "Partei der demokratischen Linken" (PDS).

Der linke Flügel machte dies nicht mit und gründete 1991 eine neue Partei, die "Partei der Wiederbegründung des Kommunismus" (PRC). Die Partei hat ca. 120 000 Mitglieder und konnte sich in den letzten Kommunalwahlen als kleine aber ernstzunehmende linke Opposition behaupten (z.B. 11 Prozent in Mailand, 14 Prozent in Turin). Besonders in den letzten 12 Monaten war die Partei treibende Kraft in den gewerkschaftlichen Kämpfen. Viele Aktivisten der unabhängigen Basiskomitees auf Betriebsebene (COBAS) unterstützen eher die PRC als die PDS.

Die Kommunalwahlen brachten neben einer Stärkung der Faschisten der MSI auch die Zerschlagung der Christdemokraten und ihre darauffolgende Neuformierung als "Volkspartei". Gleichzeitig gründete der Mediziner Berlusconi eine eigene Partei, mit der er das Bündnis mit den Faschisten sucht.

Italien befindet sich seit Monaten in politischem Aufruhr und wird von einer Welle gewerkschaftlicher Kämpfe überrollt. Das ist der politische Hintergrund für den Parteitag der PRC am 20.-23. Januar in Rom. Wir drucken Auszüge aus einem Bericht von Peter Hadden, der als Vertreter von Militant Labour aus Irland den Parteitag besuchte.

800 Delegierte und 600 Gäste waren auf der Konferenz anwesend. Die Frage nach einem Wahlbündnis mit der PDS zu den Parlamentswahlen am 27./28. März war die wichtigste. Für alle Führer der PRC war sie schon positiv entschieden, doch die Delegierten waren sich da nicht

so sicher

Ein Stadtrat aus Brindisi beispielsweise äußerte am Militant Labour-Stand Zweifel, da die PRC in seiner Stadt 80 Prozent erhalten hat, gerade weil sie unabhängig kandidierte. Unmittelbar in der Nachbarschaft bekam sie nur 12 Prozent

- dort war sie ein Wahlbündnis mit der PDS eingegangen. Andere Delegierte befürchteten die Aufgabe gerade der Ideen, für die die PRC gegründet wurde. Am Ende erhielt der Vorschlag der Führung 70 Prozent, eine halbherzige Ablehnung 10 Prozent und ein Antrag auf totale Ablehnung 20 Prozent der Stimmen.

Die Stimmenzahl hätte größer sein können, wäre der Antrag besser begründet worden. Die Gegner eines formellen Wahlbündnisses konnten nicht erklären, wie sie sich den gemeinsamen Kampf gegen die Faschisten vorstellen. In Diskussionen mit Delegierten schlugen wir vor, daß die PRC der PDS offen ihr Programm als Regierungsgrundlage anbieten, aber auf keinen Fall an einer prokapitalistischen PDS-geführten Regierung teilnehmen sollte.

Natürlich muß die Einheit der Arbeiterparteien in der Aktion gesucht werden, muß gemeinsam gekämpft werden, sei es bei Streiks oder gegen die Faschisten. Doch der Eintritt in ein formelles Wahlbündnis und damit die Übernahme von Regierungsverantwortung ist etwas anderes. Denn an einer PDS-geführten Regierung wären auch bürgerliche Parteien beteiligt, die Politik gegen die Interessen der arbeitenden Menschen ma-

chen. Die Unterstützung solch einer Regierung durch die PRC würde zur Schwächung der Arbeiterbewegung führen.

Doch der Eintritt in das Wahlbündnis wurde beschlossen. Inzwischen wurde auch das Programm des Bündnisses veröffentlicht: Es enthält weitere Privatisierungen und andere Angriffe. Die PRC-Basis wird tief enttäuscht sein, daß ihre Partei dies mitträgt. Falls das linke Wahlbündnis auf dieser Grundlage gewinnt, wird es eine ähnliche Politik durchführen wie bisherige Regierungen. Das würde eine Opposition innerhalb der PRC gegen ein weiteres Verbleiben in der Regierung hervorrufen.

Daher existiert in der PRC eine günstige Situation für wirklich marxistische Opposition. Die größte linke Opposition auf der Konferenz hat nicht vor, eine echte Kraft aufzubauen, sie suchen bloß nach dem richtigen Moment für eine Spaltung. Wir trafen jedoch auch Mitglieder, die mit unserem Programm und der Notwendigkeit eines Kampfes um die Masse der Mitglieder dafür übereinstimmen. Der Aufbau einer solchen Gruppe für die wirkliche "Wiederbegründung" des Marxismus in Italien wäre ein großer historischer Fortschritt.



Mexiko: Welle von Kämpfen

Der Aufstand der Zapatistischen Befreiungsfront (EZLN) hat die Bauern in der Provinz Chiapas und anderen Gebieten im Süden Mexikos ermutigt, selbst gegen die Regierung und die Großgrundbesitzer aktiv zu werden. Demonstrierende Bauern haben Rathäuser besetzt und die Absetzung korrupter Bürgermeister gefordert. Sie blockierten Straßen und forderten eine Landreform. Die Regierung Salinas hat auch die städtischen Arbeiter angegriffen: Lohnerhöhungen wurden auf 5 Prozent, der Anstieg der Sozialleistungen auf 2 Prozent begrenzt (Inflation über 10 Prozent). Die Ford-Arbeiter in Chihuahua sind sofort in den Streik getreten. Ebenso die Lehrgewerkschaft SITUAM.

Die Zapatisten haben ein erstes wichtiges Ziel erreicht: Sie haben Öffentlichkeit geschaffen und die Unterstützung der Mehrheit der Mexikaner mobilisiert. 100 000 demonstrierten in der Hauptstadt gegen das Vorgehen der Armee. Unter diesem Druck wird die Armee Schwierigkeiten haben, militärisch vorzugehen (obwohl noch immer Oppositionelle "verschwinden").

Auch ein Wahlbetrug im August wird für die regierende Partei PRI dadurch schwieriger. Viel wichtiger als die militärischen Erfolge und die Schaffung von "befreiten Gebieten" durch die Zapatisten ist die soziale Mobilisierung von Bauern und Arbeitern. Der Vorsitzende der Landarbeiter-Vereinigung von Chiapas, Hernan Lopez Lopez: "Natürlich unterstützen wir die Forderungen der EZLN, aber unser Weg ist der Weg der Massenmobilisierung und nicht der bewaffnete Kampf. Der Aufstand der EZLN hat einen Raum für Veränderungen geschaffen."

Bürgerkrieg in Kongo

Lange galt der zentralafrikanische Kongo als friedlich, im Gegensatz zum Nachbarland Zaire, das unter der blutigen Militärdiktatur Mobutos litt. Doch auch im Kongo (2,5 Millionen Einwohner) ist ein Bürgerkrieg ausgebrochen, der bisher 200 Tote gekostet hat. Die Armee ist gespalten, die Opposition hat bewaffnete Milizen aufgestellt.

Hintergrund ist die wirtschaftliche Situation. Der im August 1992 neugewählte Präsident Lissouba fand leere Staatskassen vor. Er fragte die wichtigste Ölgesellschaft im Land, den französischen Konzern ELF, um Hilfe. ELF lehnte ab. Daraufhin schloß Lissouba einen Vertrag mit einer US-amerikanischen Ölfirma ab. Die Franzosen, die Kongo als "ihr" Gebiet betrachteten, sahen darin eine Bedrohung. Die in Paris erscheinende Zeitung "Le Nouvel Afrique" vermutet, daß hinter den Kämpfen ein Komplott des ELF-Konzerns steckt, um sein Einflußgebiet zu verteidigen.

Brasilien: Polizeimörder

Eine Studie der Menschenrechtsorganisation "American Watch" hat neue Zahlen über Kinder und Jugendliche in Brasilien vorgelegt. Demnach sind in Brasilien allein von 1988 bis 1991 6544 Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren ermordet worden. In Rios Vorstädten ist die Zahl der minderjährigen Opfer im ersten Halbjahr 1993 um 83 Prozent angestiegen. Nachweislich sind die "Freunde und Helfer" von der Polizei am häufigsten die Mörder der Straßenkinder.

Im Jahr 1992 hat die Militärpolizei der Hauptstadt Sao Paulo 1470 Personen getötet - alle sechs Stunden eine.

Schreibt Leserbriefe

an: Redaktion VORAN
Hansaring 4, 50670 Köln

Sie geben nicht auf

Zu den wichtigsten Bestandteilen der neokonservativen Angebotspolitik gehört der Baustein "Privatisierung und Deregulierung öffentlicher Aufgaben". VORAN hat wiederholt und richtig auf die negativen sozialen und ökologischen Folgen einerseits für die Mehrheit der Bevölkerung als Konsumenten öffentlicher Dienstleistungen (z. B. Schwimmbadschließungen, Bahnstreckenstillegungen) und andererseits für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (z. B. Nicht-Übernahme der Post-Azubis) hin-

gewiesen.
Nachdem den Neokonservativen (z. B. im Gegensatz zu Großbritannien) in Deutschland trotz 13 Jahren Regierungsmacht nicht gelungen ist, Sozialstaat und öffentlichen Dienst nachhaltig zu demontieren, wollen sie die derzeitige zyklische Krise nutzen, um ihr Programm radikaler denn je vorzutragen:
- Privatisierung der Kommunalverwaltung in Ostdeutschland
- Privatisierung der Sparkassen, von Bahn und Post
- Abschaffung der freiwilligen sozialen Leistung in den Kommunen

- Abschottung und Privatisierung der Hochschulen
Statt öffentliche Dienstleistungen zu modernisieren, sollen die öffentlichen Haushalte auf Kosten der Bevölkerung saniert werden.

Es ist Aufgabe von VORAN, zukünftig dieses Themenfeld ausführlich darzustellen, dazu gehört auch eine volkswirtschaftliche und ideengeschichtliche Einordnung und eine kritische Auseinandersetzung mit den Positionen und der Praxis der Gewerkschaften ÖTV, DPG und GdED.
Jendrik Scholz, ÖTV-Mitglied, Köln

Rap for Socialism

*Kohl und Konsorten
die sitzen allerorten
und schmieden ihre Pläne
unsre Kohle fest zu horten*

*Sie sitzen hinterm Schreibtisch
wolln sich konzentrieren
und können nicht kapieren
daß was andres wird passieren*

*Die Bosse haben ein Problem
das ist für sie sehr unbequem
auf einmal machen sie nur Miese
das liegt wohl an der Wirtschaftskrise*

*Sie müssen tierisch denken
von Problemen abzuhaken
um schließlich umzuschwenken*

*Rassismus, Faschismus
Hetze auf Plakaten
im Radio auf Raten*

*im Fernseh wird's verbraten
um was die Bosse baten
die Faschisten sind bereit
und setzen's um in Taten*

*Kahlgeshoren und im Kopf vergoren
wird man denn etwa so geboren?
Laßt und doch die Täter nennen
wenn in Solingen Kinder brennen*

*Die Faschos auf der Straße
die die Verbrechen wagen
doch die in Schlips und Kragen
ham in Wirklichkeit das Sagen*

*Sie basteln sich Gesetze
betreiben damit Hetze
verbreiten ihre Lügen
um so das Volk zu betrügen*

*Wer schmeißt denn die Kollegen raus
kauft Tag für Tag ein neues Haus
und lacht dann noch wenn Frau und Mann
die Miete nicht mehr zahlen kann*

*Wir holen uns, was uns gehört
und wenn's die Bosse noch so stört*

*Jetzt schau Dir mal den Daimler an
was der sich alles leisten kann*

*Den Kollegen ist klar
die Kohle ist da
denn Jahr für Jahr
war der Aufschwung da
den Bossen geht es wunderbar*

*Wer will uns denn erzählen
daß nur durch blödes Wählen
durch Reden und Verwalten
wir unser Recht erhalten*

*Die Reichen werden reicher
Scharping wird ihnen immer gleicher
wir werden uns nicht bremsen lassen
und ihm ordentlich eins verpassen*

*Wir holen uns, was uns gehört
und wenn's die Bosse noch so stört.*

Von Stuttgarter VORANlern

Anti-Krisen-Programm

Die wirtschaftliche Rezession bedroht uns mit Arbeitsplatzvernichtung, Reallohnsenkung und Sozialabbau. Aber muß es so sein? Wie wäre es, wenn die Reichen den Gürtel enger schnallen würden, die Großaktionäre für die Krise ihres Profitsystems bezahlen würden? Deshalb fordern wir:

- Erhalt aller Arbeitsplätze und sofortige Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Senkung des Rentenalters auf 55 Jahre
- Garantiertes Mindesteinkommen von 1800 DM netto für alle ab 18 Jahre
- Öffnung der Geschäftsbücher – wir wollen sehen, wo die Millionen hin sind, die wir erwirtschaftet haben

Die Banken und Konzerne haben Hunderte von Milliarden DM auf der hohen Kante, die Deutsche Bank allein 500 Milliarden.

20 Prozent der Industriekapazität liegen brach, ganze Betriebe werden stillgelegt, weil die Bosse sie nicht mehr gebrau-

chen können. 5 Millionen Menschen werden zum Nichtstun verdammt, obwohl die Gesellschaft Wohnungen, Schulen und neue Bahnstrecken braucht. Nur die Profitgier einer kleinen Minderheit, den Besitzern von Kapital und Betrieben, steht der Nutzung der Kapazitäten der Gesellschaft im Weg. Deshalb fordern wir:

- Ein massives öffentliches Investitionsprogramm im Wohnungsbau, Öffentlichen Verkehr, Umwelt-, Bildungs- und Sozialbereich
- Finanzierung durch:
 - Überführung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum
 - Leitung der Wirtschaft durch demokratisch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter von Beschäftigten und Gewerkschaften, die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn
 - Demokratische Produktionsplanung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt

VORAN-Treffen

**Regionalseminar
in Stuttgart
25.-27. 3. 1994**

*"Stoppt die Unternehmer-
Offensive im
Superwahljahr 1994"*

Weitere Themen: Nationalismus und nationale Unterdrückung, (Rußland/Balkan/Nordirland), Marxistische Staatstheorie, Vor 20 Jahren: Revolutionen in Spanien, Portugal und Griechenland, Unser Programm gegen Wirtschaftskrise und Entlassungen, Aufbau von VORAN

Köln

Montag, 21. März: "Viva Zapata! – Aufstand in Mexiko", AWO-Zentrum, Domstraße 95, 19 Uhr
Infos über: 0221/134504

Aachen

Dienstag, 15. März: "Bildung nur noch für die Reichen?", 19 Uhr, Falken-Zentrum Mörgestr. 21-23
Infos über: 0241/508685

Siegen

Mittwoch, 23. März: "Kampf gegen Frauenunterdrückung", 19 Uhr, GRÜNEN-Geschäftsstelle, Kirschweg

Frankfurt/Main

Mittwoch, 2. März: "Wie weiter mit der Metall-Streikbewegung?", 19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstr.
Freitag, 8. April: (Thema steht noch nicht fest), Zeit und Ort wie oben
Infos über: 06181/573545

Freiburg:

Donnerstag, 17. März: "Das Leben des russischen Revolutionärs Leo Trotzki", 19.30 Uhr, Gasthaus Grünhof, Freiburg
Infos über: 07663/4529

Bremerhaven

Montag, 14. März: "Tarifrunde 1994", 19 Uhr, FZH Lehe-Treff, Eupener Str.
Infos über: 04 71 / 20 09 92

Kampffonds

Sammeltätigkeit verstärken!

Vielen Dank noch einmal für die Spenden, die bei unserem "Weihnachtsappell" hereingekommen sind. Wir haben damit einige Geräte angeschafft, die unsere Arbeit wesentlich erleichtern. Wie jede/r aufmerksame LeserIn schon längst gemerkt hat: die Qualität der Fotos ist besser geworden. Das haben wir unserem neuen Scanner zu verdanken. Weitere Einkäufe waren eine größere Festplatte, ein Streamer (für Sicherheitskopien der Festplatte) und ein Wechselplatten-Laufwerk.

Der aktuelle Kampffonds ist allerdings immer noch nicht richtig in Schwung gekommen. Bisher erreichten uns im Januar und Februar 4017 DM. Das Ziel für das erste Quartal ist 25 000 DM. Obwohl noch einige Arbeit zu leisten ist, um das Ziel zu erreichen, haben schon einige

Unterstützer gute Initiativen gestartet. In Siegen wurden T-Shirts bei einem SPD-Parteitag verkauft. Insgesamt wurden in Siegen 330 Exemplare von der Dezember/Januar-Ausgabe der VORAN verkauft. Sigi Buttenmüller aus Mühlheim bei Freiburg, IG Chemie-Betriebsrat hat 46 DM Spesen gespendet. Maria Rosner aus der Nähe von Aachen überweist regelmäßig 50 DM. Thorsten Wenderoth, Vertrauensmann bei VW-Baunatal hat 250 DM gespendet. Sozialistische Jekken aus Köln nahmen beim alternativen Karnevalsanzug, dem "Geisterzug", 100 DM für Getränke ein.

Wir brauchen das Geld vor allem, um in diesen bewegten Zeiten politisch handlungsfähig zu sein. Kohl-Regierung und Unternehmer haben keine Probleme, ihre Meinung zu verbreiten. Das passiert

jeden Tag über Zeitungen und die zahlreichen TV-Sender, die dem glücklichen Kabel- oder Satelliten-Schüssel-Besitzer ins Haus flimmern.

Gegeninformation herzustellen ist teuer. Um die Druckkosten einer Broschüre anlässlich des Frauenstreiktags bezahlen zu können (siehe S. 7), haben wir zu ungewöhnlichen Methoden gegriffen und diese schon vorher "eingetrieben". Ein Appell bei VORAN-Treffen in verschiedenen Städten brachte innerhalb kurzer Zeit 515 DM! Wir planen in nächster Zeit die Veröffentlichung einer Selbstdarstellungs-Broschüre und natürlich auch die Herausgabe aktueller Flugblätter, um in die Tarifrunde und die Wahlkämpfe eingreifen zu können. Dafür brauchen wir eine Anschubfinanzierung, können jedoch auch bei gutem Verkauf Geld "Kapital akkumulieren" und in weiteres Material investieren.

Fiz Garvie, Redaktion

1. Quartal 1994		Erreicht: 3.546 DM		Ziel: 25.000 DM	
Bundesland	Erreicht	% des Ziels erreicht		Ziel	
Schleswig-Holstein	25	4%			600
Bremen	137	15%			900
Mecklenburg-Vorpommern	0	0%			1400
Berlin	0	0%			3100
Nordrhein-Westfalen	1456	19%			7500
Hessen	758	12%			6400
Baden-Württemberg	608	13%			4800
Sonstiges	562			187%	300
Gesamt	3546	14%			25.000

Es ist höchste Zeit, selbst aktiv zu werden!

- Ich möchte weitere Infos über Eure Arbeit
- Ich möchte bei VORAN mitmachen

Wir melden uns und sagen Dir, wo es in Deiner Nähe eine VORAN Gruppe gibt, bei der Du mitarbeiten kannst.

Name, Anschrift, Telefon

Bitte ausschneiden und einsenden an → VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
VORAN-Infotelefon: 0221 / 13 45 05 oder 13 46 04

Ich möchte ...



- VORAN abonnieren, zehn Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich noch __ Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo, 10 Ausgaben zu __ DM (min. 30,-)
- ein VORAN-Schnupperabo, drei Ausgaben zu fünf Mark

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 – keine automatische Abo-Verlängerung

tarifrunde 94 + tarifrunde 94 + tarifrunde 94 + tarifrunde 94

Alle Jahre wieder: Das Lohnkosten-Märchen

Unternehmer-Argumente 1994 genauso falsch wie immer

Die Argumente der Arbeitgeber sind bekannt: Die Kosten in Deutschland seien zu hoch, sie zerstören die internationale Wettbewerbsfähigkeit, darum stecke die Industrie in der Krise und Arbeitsplätze gehen unvermeidlich verloren. Die Lohnerhöhungen seien an allem Schuld, noch höhere Löhne machen es nur schlimmer. Alles Lüge!

Löhne und Abgaben sind relativ hoch, aber die Arbeitsproduktivität liegt höher als in anderen Ländern. Tatsache ist, daß die Lohnstückkosten während 1993 sogar um 5 Prozent gesunken sind. Die Bosse in jedem Land jammern über die Löhne. Alle nutzen die gleichen Argumente, um ihre Belegschaften und Arbeiterklasse einzuschüchtern. Wer dieses Argument akzeptiert, muß konsequent sein: Nicht nur auf höhere Löhne verzichten, sondern drastisch kürzen, wie die Metallarbeiter verlangen. Nun, dann würden natürlich die Bosse in den anderen Ländern ihre Arbeiter auch zu Lohnkürzungen "überre-

den", um ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der deutschen Industrie wiederherzustellen. Das Ergebnis wäre eine ständige Spirale nach unten – in Richtung chinesisches Lohnniveau! Die ein-

"Die zweite Hälfte der 80er Jahre war eine Zeit ungewöhnlicher Zurückhaltung bei den Löhnen. Im Austausch gegen Arbeitszeitverkürzung bremsten die Gewerkschaften ihre Lohnforderungen. Im Nachhinein ist klar, daß sie die Kosten der Arbeitszeitverkürzung überschätzt haben. Infolgedessen sank der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen im Vergleich zum Kapital auf das Niveau der frühen 70er Jahre. Die Streiks sind teilweise ein Versuch der Arbeiter, ihren Anteil zurückzubekommen."

Dies schrieb die Londoner "Financial Times" während des ÖTV-Streiks 1992

zige Folge wäre, daß die Unternehmer mehr Profite auf Kosten der Arbeitnehmer anhäufen würden.

Die Aktien haben im letzten Jahr 45

Prozent an Wert zugelegt, die Börsenspekulanten und Banken haben sich weiter bereichert, ohne einen Finger krumm zu machen. Warum steigt der DAX-Aktienindex trotz Rezession?

Gerade wegen der Lohnerhöhungen unterhalb der Preissteigerungsrate und den Entlassungen. Dadurch steigt die Produktivität, die Stückkosten sinken und die Profite steigen. Denn die Unternehmer rechnen schon mit einer Steigerung der Gewinne in diesem Jahr von 25-30 Prozent, selbst bei niedrigem Wirtschaftswachstum. Und wir sind die Dummen, wenn wir ihre Stories von "kein Geld" schlucken.

Unternehmer: Mehr vom Kuchen

Es gab eine ständige Umverteilung von unten nach oben. Laut DGB sind die Nettolöhne 1980-92 von 100 auf 161 Punkte gestiegen, die Gewinne dagegen auf 232. Zieht man die Teuerungsrate ab, sind die Reallohne selbst im Jahrzehnt des Aufschwungs kaum gestiegen. Für Arbeitnehmer ist die Steuerbelastung von 16 Prozent auf 19 Prozent des Bruttolohnes durch die Politik der Kohl-Regierung gestiegen. Der Realkaufkraft der Arbeitnehmer ist auf den Stand von 1970 gesunken.

Die Bundesbank sagt dazu: "Die finan-



zielle Situation der Unternehmer wurde bisher durch den Konjunkturrückschlag weniger in Mitleidschaft gezogen als zu Beginn der 80er Jahre."

Deshalb kommt der DGB in seiner Zeitschrift "Die Quelle" zur Schlußfolgerung: "Kaufkraft – nicht Lohnverzicht

– sichert Beschäftigung. Lohnverzicht ist nicht nur unnötig, sondern schädlich." An diese Aussage sollten die Kollegen ihre Tarifexperten bei den Verhandlungen mit den Reichen erinnern.

Brent Kennedy, Köln

Kämpferische Warnstreiks

IG Metall-Mitglieder sind bereit

Die Beteiligung bei den Warnstreiks war so groß wie seit Jahren nicht mehr. Insgesamt 1,2 Millionen MetallerInnen legten die Arbeit nieder. Es wurde deutlich, daß es in den Augen der KollegInnen um mehr geht als um die Lohnprozente.

Sie haben verstanden, daß GESAMTMETALL mit den Kürzungsvorschlägen die Tarifwende durchsetzen will – oder mit den Worten von Tyll Necker, Präsident des BDI: "Wir müssen die Krise nutzen, denn jetzt sind die Menschen reif."

Doch die wirkliche Stimmung wurde bei vielen Warnstreiks deutlich. Vertrauensleute in Kassel sprachen sich für Betriebsbesetzungen im Falle von Aussper-

rungen aus. Auf einer Demonstration in Stuttgart bekräftigten die KollegInnen ihre Unterstützung für die niedersächsischen Metaller, die mit der Urabstimmung beginnen. Örtliche IGM-Funktionäre drohten mit einer massiven Ausweitung der Streiks, sollten die Arbeitgeber aussperren.

Angesichts der eigenen Stärke waren auch viele Aktivisten in den großen Tarifbezirken wie Nordrhein-Westfalen verärgert, daß der Hauptvorstand als erstes lediglich den kleinen Bezirk Niedersachsen streiken läßt. Viele hätten wohl etwas mehr "klotzen" und weniger "kleckern" erwartet. Doch die Unternehmer sollen sich nicht täuschen, die Bereitschaft für eine schnelle Ausweitung der Streiks ist vorhanden.

Philips, Aachen

Am 9. Februar trat bei Philips in Aachen die gesamte Frühschicht – 1000 ArbeiterInnen – in den Warnstreik und machten eine spontane Demonstration zum Werkstor. Die Stimmung war kämpferisch. Auf einem Transparent hatten die KollegInnen den Spruch "Keine Mark von unserem Lohn für die Arbeitsplatzvernichter!". Mirjam Alberti erklärte die Solidarität der Aachener Junsozialisten mit den streikenden KollegInnen und erhielt für ihre

Forderung nach einem gemeinsamen Vollstreik von IG Metall und ÖTV viel Beifall.

Ein ausländischer Kollege aus dem Iran meinte: "Arbeiter in der 3. Welt wissen genau, was Ausbeutung ist. Jetzt habe ich den Eindruck, daß meine deutschen Kollegen das auch begriffen haben. Hoffentlich bleibt die Kampfbereitschaft länger bestehen."

Daniel Beruhzi, Jungsozialist

SEL, Stuttgart

Bei SEL in Stuttgart-Zuffenhausen nahmen 2000 KollegInnen an einem Warnstreik teil. Die Meinung auf der Kundgebung war, daß es nicht mehr nur um Lohnprozente ginge, sondern ums Prinzip. Die Kollegen sahen die arrogante Haltung der Unternehmer

als Frechheit und Provokation an. Die Solidaritätserklärung von Stuttgarter Jungsozialisten erhielt bei der Passage "Geld ist genug da, nur in den falschen Händen" sehr viel Applaus.

Aron Amm, Jungsozialist, VORAN-Gruppe Stuttgart

Wollen Druck-Betriebe Streik provozieren?

Friedenspflicht bis Ende März

Nachdem die Unternehmer sich lange geweigert hatten, über die IG Medienforderungen zum Manteltarifvertrag der Druckindustrie zu verhandeln, sind Anfang Februar auch die Schlichtungsverhandlungen gescheitert. Die Standpunkte lagen zu weit auseinander. Die IG Medien fordert Entlastung für Schichtarbeiter, Verbesserung des Gesundheitsschutzes, bessere Absicherung für Teilzeitkräfte, die Verkürzung der Arbeitszeit im

Osten und mehr Mitspracherechte für die Beschäftigten. Die Druck-Unternehmer wollen keinen dieser Punkte ernsthaft verhandeln. Es ist möglich, daß sie dieses Jahr die kleine, finanzschwache aber relativ kampfstärke IG Medien in den Streik zwingen wollen. Ernst wird es in der Druckindustrie Ende März, wenn die Friedenspflicht endet. Wir werden in der nächsten Ausgabe ausführlicher berichten.

ÖTV: Dreiste Angriffe zurückschlagen

Die 4-Prozent-Forderung ist schon ein Kompromiß



Am 21. Februar im Warnstreik: 150 KollegInnen der Müllabfuhr in Heidelberg

Die Einsparungen im Personalhaushalt bedeuten für uns Beschäftigte im öffentlichen Dienst erhebliche Mehrarbeit. Jetzt kommt die Tarifrunde 94 dazu. Die Beschäftigten sollen ausbaden, was die Regierung verzapft hat und mit Reallohnverlust und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bezahlen. Darin sind sich die Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden einig.

Die ÖTV fordert für ihre Mitglieder 4 Prozent mehr Lohn und Gehalt, die weitere Angleichung der Ostgehälter an das Westniveau und die überproportionale Anhebung der Ausbildungsvergütungen. Doch die öffentlichen Arbeitgeber haben der ÖTV einen 12 Punkte umfassenden Forderungskatalog vorgelegt. Sie fordern die Streichung von zwei freien Tagen, niedrigere Sondertarife für ABM und flexiblere Arbeitszeitregelungen. Daß heißt, daß die Arbeitszeit nach den Wün-

schen des Dienstherrn zwischen 35 (ohne Lohnausgleich) und 40 Stunden (ohne Überstundenzuschläge) pro Woche festgelegt werden kann.

Die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen lehnen sie mit dem Argument ab, daß diese sowieso schon eine Spitzenposition einnehmen würden und die Sicherung von Ausbildungsplätzen vorrangig sei. Doch der Verzicht auf Einkommen hat noch nie Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen: Zur Zeit werden massiv Ausbildungsplätze abgebaut und Azubis nach der Lehre nicht übernommen.

Stärke zeigen

Da die öffentlichen Arbeitgeber neben einer prozentualen Lohnerhöhung für alle auch die Angleichung der Ostgehälter ablehnen, wären die Ost-KollegInnen

vom Horrorkatalog doppelt betroffen. Wir hätten wegen der höheren Inflation Ost einen Reallohnverlust von 8 Prozent, und dies auf einer ohnehin schon niedrigeren Einkommensstufe.

Wir müssen in dieser Tarifrunde zeigen, daß wir uns die Angriffe auf unseren Lebensstandard nicht länger gefallen lassen. Wir müssen zeigen, daß wir nicht einen einzigen Punkt von diesem Horrorkatalog akzeptieren, sondern für die Durchsetzung aller gewerkschaftlichen Forderungen kämpfen werden.

Wir müssen aber auch zeigen, daß wir die Spaltungspolitik der Bundesregierung erkannt haben – wir brauchen einen gemeinsamen Kampf mit der IG Metall, denn mit diesen KollegInnen sitzen wir tatsächlich "in einem Boot".

Ein Streik wird in diesem Jahr unumgänglich sein, wenn wir nicht auf ganzer Linie verlieren wollen. Dem ÖTV-Vorstand und der Tarifkommission sollte klar sein, daß wir es uns nicht leisten können, irgendwelche Klügel-Kompromisse anzunehmen. Die 4-Prozent-Forderung ist von vorneherein schon ein Kompromiß, das absolute Minimum, was wir brauchen.

Wir dürfen uns in unserem Kampf auch nicht durch die Propaganda der bürgerlichen Presse einschüchtern. Diese war in der Tarifrunde 1992 nicht das Spiegelbild der "öffentlichen Meinung". Wir hatten während des gesamten Streiks die volle Sympathie der übrigen Bevölkerung auf unserer Seite.

Diese Sympathie müssen wir dieses Jahr zu gemeinsamen Streiks verschiedener Gewerkschaften gegen die Politik von Regierung und Unternehmern ummünzen.

Daniel, ÖTV-Jugendvertreter, Berlin

VORAN

Marxistische Zeitung für ArbeiterInnen und Jugendliche

Nr. 159 März 1994

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Die Zeitung
gegen Kohl
und Kapital



Werdet aktiv gegen die Nazis!

Im Februar wurden zwei führende Köpfe der Siegener Nazi-Szene unter Jubelrufen ihres Fußvolkes vom Mord am schwerbehinderten Bruno Kappi im Dezember 92 freigesprochen – aus "Mangel an Beweisen".

Einer der beiden war bereits vorher wegen Beteiligung an einem brutalen Überfall auf einen chinesischen Gastdozenten sowie einem Mordversuch an einem tamilischen Flüchtling verurteilt worden.

Die Richter sagten, beiden wäre die Tat zuzutrauen. Außerdem blieben Verdachtsmomente, die aber für eine Verurteilung nicht ausreichten. Die beiden Angeklagten gehören zur "Sauerländer Aktionsfront" (SAF). Bei einer Razzia vergangenen November wurden bei SAF-Leuten neben Propaganda-Material auch scharfe Waffen gefun-

den mehrere Textstellen ihres Buches "Wintergrün – Verdrängte Morde" verboten. Sie hatte aufgedeckt, daß ein angesehener Arzt 1943/45 an rund 220 Zwangarbeiterinnen aus Polen und der Ukraine ohne Narkose und gegen deren Willen Abtreibungen vorgenommen hatte. Die Richter befanden, die Veröffentlichung dieser Fakten verletze die "post-mortalen Persönlichkeitsrechte" dieses Nazis.

Mord per Gedankenübertragung?

Zu welch juristisch absurdem Verhalten die deutsche Justiz aus politischen Gründen fähig ist, zeigt der Fall Bad Kleinen. Die Bundesanwaltschaft hat gegen das mutmaßliche RAF-Mitglied Birgit Hogefeld jetzt Anklage wegen Mordes an dem GSG-9-Beamten Neund sechsfachen Mordversuchen. Zwar lag Birgit Hogefeld der Schießerei schon gefestigt in der Unterführung, doch sie

Zweifel für den Angeklagten entschieden werden müsse. Doch all dies sind politische Urteile. Wenn Birgit Hogefeld wegen Mordes angeklagt wird, weil sie den Plan hatte zu fliehen, dann soll uns niemand den Freispruch von Siegen als Zeichen für die Unabhängigkeit der Justiz verkaufen! Diese politischen Urteile haben politische Auswirkungen (zu Siegen siehe Seite 4).

Die Regierung redet davon, die Strafgesetze gegen rechte Gewalttäter zu verschärfen. Doch bisher wird das geltende Recht nur sehr milde gegen die Nazis angewandt, härter gegen Antifaschisten und

Linke. Wie würde wohl ein schärferes Jugend- und Polit-Strafrecht angewandt?

Wir können uns nicht auf Polizei und die Justiz verlassen. Die Faschisten können nur durch politische Gegenmobilisierung von geschlagen werden. Indem wir ihre Treffen verhindern, sie nicht in Ruhe lassen, sie an die Öffentlichkeit zerrren und in allen Stadtteilen bekannt machen, was für Verbrecher dort wohnen. So können wir die Faschisten isolieren und ihre Organisationen zerschlagen.

Ulf Petersen, JRE Bundessprecherrats-Mitglied, Köln



FAPler marschieren unbehelligt von der Polizei am "Rudolf-Heß-Gedenktag"

den. Nach Ansicht des Staatsanwalt von Meschede "scheue die Gruppe die Gewalt nicht".

In der gleichen Woche sprach ein verständnisvoller Richter in Paderborn drei Faschisten vom Vorwurf der Volksverhetzung frei. Sie hatten vor einem Flüchtlingswohnheim "Ausländer raus" gegröhlt. Richter Siepman meinte, sie hätten eine "verbale Kurzform für das Gefundene, was viele Bundesdeutsche meinen, daß nämlich zu viele Ausländer hier leben". Daher habe es sich um eine "grundgesetzliche geschützte Meinungsäußerung" gehandelt.

Andere Meinungen schützt das Grundgesetz weniger. Der Passauer Historikerin Anna Rosmus wur-

im Fall einer drohenden Festnahme mit Grams einig gewesen, den Fluchtweg freizuschließen. Der Beweis: beide hätten ständig einsatzbereite Schusswaffen mit sich geführt. Diese Anklage ist die Krönung des Falls Bad Kleinen, denn trotz aller Experten-Vertuschungen sprechen immer noch Hinweise und Zeugen für eine "Hinrichtung" des wehrlos am Boden liegende Grams.

Im Zweifel für die Rechten

Wäre der Mordfall Kappi in Siegen eine unpolitische Einzeltat, könnte man vielleicht sagen, daß im

Frauenstreiktag 94

Krise des Systems: Erreichtes in Gefahr

Frauen sind im drittreichsten Land der Welt weit davon entfernt, ihren männlichen Kollegen gleichgestellt zu sein. Sie verdienen durchschnittlich immer noch ein Viertel weniger und werden von den Unternehmern als Arbeitnehmer zweiter Klasse betrachtet. Wenn Arbeitskräfte gebraucht werden, werden die Frauen umworben. Wenn die Wirtschaft schrumpft, heißt es für sie: "Ab nach Hause"! Frauen sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. 1992 waren 45,7 Prozent aller Arbeitslosen Frauen, obwohl sie nur 41 Prozent der Erwerbstätigen ausmachen.

Insbesondere die ostdeutschen Frauen sind die absoluten Verliererinnen des im Namen der "deutschen Einheit" rabiatierten betriebenen Industrieabbaus: Dort sind von 3 Arbeitslosen 2 Frauen. Nach Berechnungen des DGB sind seit 1989 1,8 Millionen Frauenarbeitsplätze in Ostdeutschland vernichtet worden. Das sind 40-45 Prozent der ursprünglichen Frauenstellen. Die Zahl der Arbeitsplätze für Männer hat sich im Vergleich "nur" um ein Drittel verringert.

Der Kapitalismus kann nur auf der Grundlage von Ungleichheit funktionieren. Die einzige Kraft, die sich ihm entgegenstellen kann – die arbeitende Bevölkerung – soll in Mann und Frau, Arbeiter und Angestellte, Ausländer und Deutsche gespalten werden. Die Gewerkschaften als ihre Gesamtvertretung müssen zur Kenntnis nehmen, daß die gesamte Arbeiterbewegung mobilisiert werden muß,



um eine Rückkehr zu den schlechten alten Zeiten zu verhindern. Aber das Erreichte verteidigen, reicht für eine wirkliche Gleichberechtigung nicht aus. Wir wollen mehr!

- Arbeit für alle
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- Massive Arbeitszeitreduzierung für Männer und Frauen
- Flächendeckende, kostenlose Kindergartenversorgung
- Weg mit Paragraph 218

Weitere Artikel zum Frauenstreiktag auf den Seiten 6 und 7.

Justiz chronisch nachsichtig mit Faschisten